

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3220.

Herausgeber: B. Große in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: M. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergepalt. Zeitschrift od. deren Raum 30 A,
Vergütungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Zeitschrift.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt: Vom Recht auf Arbeit. — Herrn Camp's Wollenritt. — Eine recht interessante Debatte. — Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Sozialpolitische Rundschau. — Deutscher Holzarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Korrespondenzen. Bericht über die Konferenz des Agitationsbezirk der Holzarbeiter Rheinlands und Westfalens. — Eingekandt. — Verband deutscher Korbmacher: Bekanntmachung. Korrespondenzen. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Technisches. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

Schmöln, 18. Februar. (Telegramm.)

Seit heute früh stehen die Arbeiter von zwei Knochfabriken, Lippold u. Co. (Steinmühl), und Niedemann u. Co. (Horn), zusammen 50 Mann, im Ausstand. Zuzug ist fernzuhalten. Waldix.

Ferner ist Zuzug fernzuhalten: Von Tischlern nach Berlin (Pianofabrik von Görs u. Kallmann, Arndtstraße 34), Bunzlau i. Schl. (Köhlich's Werkstat).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mitteilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle freichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Vom Recht auf Arbeit.

III.

Kann der vorhandenen Arbeitslosigkeit vorgebeugt, können die dadurch hervorgerufenen Mißstände durch Arbeit oder durch das Recht auf dieselbe beseitigt werden? Nein! Denn so lange die heutige privatkapitalistische Produktionsweise andauert, so lange die Produktion auf der Basis des Profits beruht, wird daran nicht zu denken sein.

Es liegt im innersten Wesen des Kapitalismus, billig zu produzieren des großen Absatzes wegen, und zu diesem Zwecke bedarf er nicht allein der billigen menschlichen Arbeitskraft, dazu braucht er auch eine Reservearmee von Arbeitslosen, die jederzeit und auf den leisesten Wink bereit ist, die Arbeitslöhne herabzudrücken. Vom Kapitalistenstandpunkte giebt es ein „Recht auf Arbeit“ nicht, wohl aber besteht für die Arbeiter die Pflicht, zu arbeiten, sobald der Kapitalist ihre Arbeitskraft gekauft hat; zu arbeiten um jeden Preis, zu arbeiten jede ihm von seinem Käufer vorgeschriebene Zeit. Der Kapitalist hat das Recht, von „Rechtswegen“ die Arbeiter so lange auszubeuten, als es ihm beliebt; die wenigen Bestimmungen, welche gesetzlich zum Schutze gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeiter getroffen sind, werden auf alle mögliche Weise durchlöchert und wirkungslos gemacht, so daß im wahrsten Sinne des Wortes eine unbeschränkte Ausbeutung der Arbeiter stattfinden darf. In dieser Hinsicht läßt sich der Kapitalist das „Recht auf Arbeit“ schon gefallen, denn je länger, emsiger und billiger gearbeitet wird, desto größer der Profit, der in seine Tasche fließt.

Wie schon oben gesagt, steht die Frage des Rechts auf Arbeit mit der heutigen Produktionsweise in engem Zusammenhange. Würde der Staat das Recht auf Arbeit für jeden Einzelnen anerkennen, dürfte diese Anerkennung zu sonderbaren Konsequenzen führen. Wie die provisorische Regierung Frankreichs 1848 mit ihren Nationalwerkstätten — eine Frucht des Anerkennens des Rechts auf Arbeit — ein jämmerliches Fiasko machte, so dürften auch viele andere Staaten gründlich damit hineinfallen; denn würde derjenige Staat, der das Recht auf Arbeit anerkennt, oder richtiger, proklamirt hätte, in einer Zeit des Produktionsstillstandes ebenso emsig und ohne Berechnung darauf los produzieren, wie

heute das Unternehmertum, so würde genau dasselbe eintreten, was heute zu einer konstanten Thatsache geworden ist: Die produzierten Waaren würden sich in's Unermessliche anhäufen und keine Abnehmer finden; genau wie heute würden dieselben Arbeiter, die die Waaren produzieren, sie nicht konsumieren können, da der Staat sicher nicht Löhne zahlen würde, die eine erhöhte Konsumtionsfähigkeit ermöglichten, und so würde, da während der Krise eben so viel wie vor derselben produziert wurde, die Ueberproduktion eine unberechenbare sein, und das Ende vom Liede wäre der — Staatsbankerott.

Die Gesetze der privatkapitalistischen Produktion sind eben auch für die staatliche Produktion zutreffend, wie wir das heute schon an sehr vielen Staatsbetrieben beobachten können; werden dieselben nicht befolgt, so wird sich die Außerachtlassung in recht unangenehmer Weise fühlbar machen. Glauben aber die berufenen Leiter von Staatswesen das anerkannte Recht auf Arbeit hochhalten zu können, ohne sich den Gesetzen der privatkapitalistischen Produktion zu unterwerfen, so kann das nur durch die Organisirung der Arbeit und durch Beseitigung des Lohnsystems möglich sein.

Diese notwendige Voraussetzung gegeben, würde jede Forderung des Rechts auf Arbeit überflüssig sein, da in derselben nichts weiter liegt, als der berechnete Anspruch auf einen Lohn für die geleistete Arbeit, der ein Leben sichert, das werth ist, gelebt zu werden.

Die Sozialdemokratie kann garnicht einmal, wenn sie die Durchführung ihres Programms erstrebt, die Forderung des Rechts auf Arbeit erheben, weil sonst ihrerseits Sanktion gegeben wäre, einen Zustand zu verewigen, dessen Beseitigung sie dringend und so bald wie möglich wünschen muß. Es kann nicht ihre Aufgabe sein, ein System, wie das privatkapitalistische, das so viel Arbeitslosigkeit, Elend und Existenzunsicherheit verschuldet hat und noch täglich herbeiführt, durch die Forderung des Rechts auf Arbeit auch staatlicherseits einzuführen.

Da wirft sich nun die Frage auf: „Was dann thun, wenn man die Gesellschaft ihrer Verpflichtung, allen Arbeitsfähigen Arbeit zu garantiren, damit sie selbst ihren Unterhalt verdienen, entheben will?“ Schon Engländer, ein bürgerlicher Geschichtsschreiber, jagte: „Werkwürdig, daß das französische Volk nur immer die eine Forderung erhob, das Recht, arbeiten zu dürfen!“ Und wir fügen hinzu, daß ihm niemals der Gedanke kam, zu fordern, wenig oder garnicht arbeiten zu wollen und darin liegt unseres Erachtens der Schwerpunkt, der seiner Lösung bedarf. Stellen wir zunächst fest, was außer der vervollkommenen Technik, die die Triebfeder der Verdrängung der handwerksmäßigen Produktion war, die allezeit seitdem vorhandene Arbeitslosigkeit und das grenzenlose Elend verschuldete: die lange Arbeitszeit, die Ausbeutung der Arbeiter, deren Frauen und ihrer Kinder bis in's Ungemessene, die Sucht des Kapitalisten, immer länger arbeiten zu lassen, und der dreimal verfluchte Trieb der Arbeiter selbst, immer noch länger arbeiten zu wollen. Haben sich die herrschenden besitzenden Klassen jemals umbringen wollen, wenn sie nicht arbeiten konnten, ging nicht von jeder ihr ganzes Streben darauf hinaus, Andere für sich arbeiten zu lassen und lieber ihre Tage in Wohlleben, Schwelgerei, Lustbarkeiten und Müßiggang todzuschlagen, hat die angeborene Faulheit dieser Klasse diesen selbst geschadet, haben sie nöthig gehabt, sich auch nur die geringste Entbehrung aufzulegen? Nein! Die Arbeiter, die geborenen Lastthiere jener Klasse, die „zurrieden sein müssen, wenn man ihnen die besondere Gnade einräumt nur arbeiten, recht viel arbeiten zu dürfen“, wie sich

vor einigen Jahren ein Generalsekretär ausdrückte, sie sorgen schon dafür in emsiger, rastloser Thätigkeit, daß es jenen Schlemmern und Drohnen der Gesellschaft an nichts mangelt und mögen sie selbst dabei hungern, frieren, im Elend verkommen und zu Grunde gehen. Sie bauen die Paläste und wohnen selbst in unbewohnbaren elenden Hütten, sie produzieren die schönsten Stoffe und fertigen die elegantesten Roben und gehen selbst in Lumpen, sie produzieren die köstlichsten Gemüse und Lebensmittel und nagen selbst am Hungertuche, ihnen ist anädigst gestattet, die ausgefeiltesten Pelzwaaren, die sie produzierten, in den Schaufenstern bewundern zu dürfen, selbst aber zu frieren, daß die Zähne klappern. Die Arbeiter dürfen Universitäten und andere Lehranstalten bauen und auch die Kosten für die Ausbildung ihrer späteren Staatsanwälte und Richter tragen, ihre eigenen Kinder aber dürfen die Warte- und Fabrikshulen und, wenn's gut geht, die einfachen Volksschulen besuchen, für sie, den Mob, genügt es, sich das Hirn mit allerhand, für das spätere Fortkommen unbrauchbaren Krimskrams verkleistern zu lassen, darauf kommt es nicht an, Arbeit ist für sie die höchste Wissenschaft, arbeiten Tag und Nacht, um theils den Nationalreichtum zu vermehren, theils in der Arbeit — wie jener Pfaffe Tomsond sagte: „Die Leiden zu vermehren und zu vergessen, das Elend enthebe die Gesellschaft, die Arbeiter gesetzlich zur Arbeit zu zwingen, der Hunger sei ein friedlicher, geräuschloser und unermüdlicher Antreiber zur Arbeit, er bewirke mehr wie die natürliche Veranlassung zur Arbeit: die gewaltigste Anstrengung.“

Kann denn eine solch' verrückte, wahnwitzige Gesellschaftsordnung Recht haben, in alle Ewigkeit zu bestehen, oder ist es etwa nicht ein Wahnsinn in der höchst entwickeltesten Potenz, wenn man die Lebensmittel in großen Lagerhäusern und auf dem Galm verfaulen läßt, anstatt sie dem hungernden Volke zu geben, die schönsten und besten Kleiderstoffe von Motten zerfressen zu lassen, anstatt die Leiber der Frierenden zu bedecken; helle, gesunde Wohnungen leer stehen zu lassen, anstatt die in elenden Höhlen und auf den offenen Straßen Nüchternen darin aufzunehmen, die Arbeiter aus Kohlenbergwerken während der strengen Kälte zu entlassen, nur um den Preis des unentbehrlichen Heizungs-materials in die Höhe zu treiben, den herrlichen Wein in die Gasse zu schütten, nur weil er zu niedrig im Preise steht?

Wahrlich, solch' ein System hat seine Existenzberechtigung verwirkt und ist reif, in das Schattenreich ipedit zu werden, um einer gerechteren Gesellschaftsform Platz zu machen. Für jeden Unbefangenen ergiebt sich hieraus die feststehende Thatsache, daß die Forderung des Rechts auf Arbeit in einer solch' korrupten Gesellschaftsordnung, wie der heutigen, eine Unmöglichkeit ist. Von einer Gesellschaft, die ihre höchsten Ideale nur darin erblickt, sich auf Kosten der arbeitenden Klasse zu bereichern, ein Leben in Sauf und Bräu zu führen und die Ausgebeuteten, falls sie sich gegen das Unrecht erheben und ihre natürlichen Menschenrechte fordern, jeder körperlichen und geistigen Freiheit beraubt, ist eine wahrhaft ernste Reform nicht zu erwarten; sie wird die Existenzberechtigung der Arbeiter niemals anerkennen, geschweige denn Schritte unternehmen, die zur Sicherung eines solchen Rechtes führen.

Da die Degenerirung der breiten Volksschichten infolge der miserablen Existenzverhältnisse immer weiter um sich greift, immer weitere Tausende in den Sumpf des Verderbens hinabgezogen werden, ist es gebieterische Pflicht, dem verjüngenden und mordenden System ein Paroli zu bieten und das kann unseres Erachtens nicht besser geschehen, als durch die Forderung des verkürzten

Arbeitstages. Wenngleich diese Forderung auch keine durchgreifende ist, so ist sie selbst in ihrer dürftigsten Durchführung viel wirksamer und den Arbeitern nützlicher als das Recht auf Arbeit. Das Letztere führt, wie unsere Darlegungen zeigten, den Arbeiter in's Arbeitshaus, die kürzere Arbeitszeit gewährt ihm freie Zeit und macht ihn zum freieren Manne. Das Recht auf Arbeit vermehrt die Ueberproduktion in's Unendliche, durch die Verkürzung der Arbeitszeit wird dieselbe eingeschränkt.

Darum sei nicht die Forderung des Rechts auf Arbeit, sondern die Verkürzung der Arbeitszeit allüberall unsere Losung.

Herrn Gamp's Wollenritt.

II.

u. Kapital, das ist die Lebensfrage für das Handwerk. Wie vernüchte sich der Kleingewerbetreibende an den Subventionen und Ausschreibungen des Staats, der Staatsbetriebe und der Gemeinden beteiligen, wenn er die Mittel zur Uebernahme solcher Lieferungen nicht nachweisen kann? Beteiligt er sich trotzdem, so bricht ihm seine schlechte Kalkulation den Hals, oder die durch rücksichtslos gesteigerte Ausbeutung aufgebrauchten Arbeiter durchkreuzen ihm die Rechnung. Daran ändern alle sozialpolitischen Manöver der Staatsverwaltung nichts; sie ändern nichts an der technischen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Großbetriebe, sondern verschleudern höchstens öffentliche Mittel zur künstlichen Konjunktur unvollkommener Produktionsbetriebe.

Da aber die öffentlichen Gelder durch Steuern, insbesondere die Reichsmittel, durch indirekte Steuern aufgebracht werden müssen, die vornehmlich von Kreisen getragen werden, welche an solchen Maßnahmen kein Interesse haben, so kann es durchaus nicht gleichgültig sein, welche Preise die Staatsverwaltungen zahlen. Eine Begünstigung der Kleinbetriebe aus öffentlichen Mitteln wäre der verfehlteste Weg der Handwerksrettung; sie würde die chronische Schwindsucht in kurzer Zeit zur akuten machen und das Ende nur beschleunigen. Derselbe Erfolg würde eintreten, wenn die Kleinbetriebe nach Wunsch des Herrn Gamp mit billigen oder kostlosen Motoren auf Staatskosten ausgestattet würden. Durch solche Manöver wird doch der Absatz keineswegs gesteigert, sondern der Konsum eher beschränkt, und der künstlich gesteigerten Produktionswuth würde ein um so größerer Krach folgen, wobei den Kleinen der Athem zuerst ausginge. Dann würde sich die ganze Motorenherstellung ausgepufft haben, und den Erfolg hätten nur die Reichsmittelabstrichler gespürt, die schon heute in manchem Handwerkerkonto den obersten Posten inne haben. So lange der technisch und wirtschaftlich unvollkommene Kleinbetrieb bleibt, nützt alle staatliche Fürsorge nicht, mag sie die Form von Kraftverjüngung, Maschinenlieferung oder Arbeitszuweisung annehmen. Das ist auch der Grund, weshalb alle modernen Verkehrsmittel, wie Post, Eisenbahn, Kanal- und Seeschiffahrt, Telegraph und Telephon nur dem Kapitalismus zu Gute kommen; nur die moderne, für den Weltmarkt arbeitende Produktion kann sich ihrer mit Nutzen bedienen, kann mit ihrer Hilfe die Konkurrenz niederschlagen, — der Kleinhandwerker, welcher direkt für den Konsumanten arbeitet, bedarf in seinem lokalen Wirkungskreis solcher Verbesserungen nicht, da sie ihm nur Erreben verurtheilen. Sie würden ihm zuwider, wie das Markenleben, wenn er alle die damit verbundenen Speizen tragen müßte.

Das aber auch ihm diese Ertragsgewinne Vortheil bringen, beweist die durch sie erzielte, oft bedauernde Herabsetzung vieler Rohstoffe, deren er zu seiner Produktion bedarf. Und der protektionistische Wahn der Handwerker im Gefolge Bismarck's, die unter der Parole: „Schutz der nationalen Arbeit“ das Zollwesen in Schwung brachte, ist es zuzuschreiben, daß viele Rohstoffe nicht noch billiger im Preise stehen. Allerdings sind erhebliche Vorräthe vorhanden, welche durch meine Maßnahmen der Produktion nutzbar gemacht werden können. Sammelhorden und Thalsperren, die zum viel Geld lohen werden, können, zur Verkürzung der Vertriebszeit in den nächsten Jahreszeiten — angelegt werden, und die elektrische Kraftübertragung — diese Allweltschwächenbrücken wird gegenbringend über das Land eilen, — aber dieses moderne Handwerk ist so wenig in den Diensten des Kleinhandwerks thätig, wie eine Berliner Köchin in den Diensten einer südpolnischen Schornsteinfegerin. Das Kapital mit seinen großartigen Hilfsmitteln, der volle Tanz des Weltmarktes der Kräfte, — das ist sein Lebenselement; in ihm würde man das arme, eingebürgerte Handwerk hinstellen, und das wäre sein Verderben. Der einzige Erfolg dieser großartigen Staatsfürsorge würde die Herabsetzung einer Konkurrenz sein, welche, um konkurrenzfähig zu werden, für den Weltmarkt oder den

nationalen Markt arbeiten müßte. Dies wäre nur möglich mit Hilfe des Kapitalismus, dem man somit ein willkommenes Ausbeutungsobjekt schenken würde. Und deshalb soll man Millionen und Milliarden opfern, um die Handwerker ausbeutungswürdiger dem Kapitalismus in die Arme zu treiben? Man überschätze doch ja nicht den Werth und die Nützlichkeiten der Hausindustrie! Im Solinger, Bergischen, Märkischen und Siedelohner Land haben wir die moderne kapitalistische Hausindustrie, die auch mit modernen Werkzeugen arbeitet. Gelüht's den Handwerkern nach solchen Zuständen, — die können sie ohne Staatshilfe haben. Auch diese Staatsfürsorge käme lediglich dem Kapitalismus zu Gute, und für die Handwerker fände sich wiederum kein Posten im Etat.

Aber Herr Gamp kennt die Zwischmühle ganz genau, aus welcher der Handwerkerstand nicht herauskommen kann; er weiß, wo es fehlt, — deshalb verlangt er für die Handwerker Staatskredit. „Die Kapitalkraft der Großindustrie drückt das Handwerk; der ersteren steht billiger Kredit zur Verfügung; selbst Börsenmänner erhalten Geld zu 1 1/2 bis 2 Prozent, während der kleine Handwerker 6 bis 7 Prozent bezahlen muß. Auf diesem Gebiet sollte der preussische Staat etwas mehr, als bisher thun. Eine Gewerbank sollte, wenn auch unter Aufwendung erheblicher Summen, vom Staate errichtet werden; man müßte dafür sorgen, daß der Handwerker Geld zu billigem Zinsfuß bekommt.“

Staatskredit! Das also ist die Wünschelruthe, deren Zauber die goldene Bodenherlichkeit zurückführen soll. Die Sache ist ja nicht neu. Auch den kleinen Rentendauern hat man ja die Staatskasse zur Verfügung gestellt, und wo große sozialpolitische Gesichtspunkte in Betracht kommen, da kommt es ja auf einige hundert Millionen nicht an. Herr Gamp gesteht es schon im Voraus zu, daß dabei erhebliche Summen aufgewendet werden müßten.

Aber Kredit verlangt Sicherheit. Wenn der Staat den Kleinbauern Kredit gewährt, so bietet ihm doch der unveräußerliche Boden Garantie, und der Zinsfuß ist derart gestellt, daß das gewährte Kapital nach 30jähriger Frist getilgt ist. Welche Sicherheit vermag der Handwerker zu stellen, vornehmlich der des Kredits am meisten bedürftige Kleinhandwerker, dem doch zuerst geholfen werden soll? Sein Handwerkzeug? Ja, das soll ihm ja durch besseres ersetzt werden, weil es keinen Pfennig Werth ist? Sein Motor? Der gehört ihm ja noch nicht. Seine Arbeitskraft? Die ist nicht einmal jowiel Werth, wie die eines modernen Fabrikarbeiters, sonst könnte er sie schon jetzt ohne Kredit verwerthen. Hat er ein Grundstück oder Eigenthum, so bekommt er auch schon jetzt Kredit. Seine Schulden? Da wäre es doch besser, man verlangte statt des Staatskredits Staatssubvention, d. h. man schenkte ihm ein Kapital, statt es ihm auf Nimmerwiedersehen zu borgen. Und der Erfolg? Er würde einträglicher produziren, d. h. die alte Methode über Bord werfen und kapitalistisch produziren. Da die Staatssubvention nicht allzugroß sein kann, und da sie Vielen gewährt werden muß, so wird infolge der Konkurrenz Keiner weit damit kommen, denn das Handwerk ist doch keine Naturalwirtschaft, die wie das Rentengut für den eigenen Haushalt produziert, sondern Waarenproduktion, die den Marktprodukten unterliegt. Wiederum würde dies zur Ueberproduktion und zum Krach führen, wenn jeder Produzent seine Selbstständigkeit und Selbstherrlichkeit bewahren wollte, — oder zur hausindustriellen Unterordnung, wobei die Handwerksherrlichkeit natürlich flöten geht. Oder glaubt Herr Gamp einen Handwerkerstaat mit kapitalistischer Grundlage im kapitalistischen Staate schaffen zu können, der von der kapitalistischen Konkurrenz und Inflation unbehelligt bleibt? Der Kapitalismus zieht allein aus dem Staatskredit Vortheile, weil seine wirtschaftliche Machtstellung alle kleinen Produzenten unterwirft oder beseitigt. Die Herrlichkeit könnte ja einige Jahre dauern, — sie könnte auch Einigen, die mit besonderen Privilegien (Patente, Konzessionen) oder besonders kapitalistisch arbeiten, den Uebertritt in die Klasse der Kapitalisten erleichtern, die Masse der Subventionierten würde nur um so rascher versinken. Solche Subventionen beschleunigen den kapitalistischen Akkumulationsprozeß, wie die Sanerungsmaßnahme die Gemüthe Verdrömmung. Der Kapitalismus ist der freudige Krebs am Körper der Gesellschaft, der alle Kräfte und Säfte absorbiert und durch Zerfetzung den Organismus zerstört. Die Gewerbanken würden entweder kläglich Fiasko machen oder der Mittel- und Hausindustrie künstlich Odem einblasen, zur Beschleunigung der Handwerksvernichtung. Man könnte ja die Millionen der Alters- und Invaliditätsversicherung, die sich jetzt noch infolge geringer Rentenansprüche ansammeln, zur künstlichen Belebung der Bauhandwerke durch Erziehung von Arbeiterwohnhäusern benutzen. Dadurch

würden höchstens einige Hundert leistungsfähiger Handwerker zu Kleinfabrikanten gezüchtet, zu den Genfern des übrigen Handwerks.

Würde nicht die vielgerühmte Selbsthilfe von demselben Schicksal ereilt? Die Darlehnskassen und Kreditgenossenschaften haben einigen Großhandwerkern zu Fabriken verholfen, die übrigen aber vor dem Ruin nicht bewahrt. Ob Selbsthilfe, ob Staatshilfe, die wirtschaftliche Entwicklung nimmt denselben Weg, — Vernichtung der Kleinbetriebe. Nur insofern hat die erstere Erfolge gebracht, — nämlich die Erfahrung, das für das untergehende Handwerk kein Kraut gewachsen ist, und daß der Staat, oder, da es sich um Geldsachen handelt, das Volk sein Geld zu besseren Zwecken anwenden kann, als zu solchen Charlatanerien, die das Handwerk nur umso schneller zu Tode doktern.

Da wird wohl Herr Gamp schließlich zu dem Resultate gelangen, das Handwerk schwimmen zu lassen und den Handwerkern durch genossenschaftliche Großproduktion einen neuen Boden unterzuschieben, wobei allerdings die kleinstädtische Selbstständigkeit zu Grunde geht. Sieht es doch eine Menge solcher kleinstädtischer Staatssozialisten, die mit rein ökonomischen Mitteln dem Kapitalismus zu Leibe gehen wollen und darauf große Hoffnungen bauen. Herr Gamp wird vor dem Namen Sozialismus, und es handelt sich auch bloß um eine verzerrte Karrikatur des wissenschaftlichen Sozialismus, — nicht zurückschrecken, und wenn auch die Zünftler noch vor 3 Jahren eine heillose Angst vor dem Beelzebub hatten, in wenigen Jahren werden sie auf der Bahn der Staatshilfe im staatssozialistischen Lager angelangt sein und mit Begierde den gefärbten und gefälschten Wein Wagener's schlürfen, — wenn die kapitalistische Expropriation nicht unterdes ihre Reihen lichtet und die Enteigneten und Ernüchterten in die Arme der Sozialdemokratie triebe. Aber dem Staate, der dem kapitalistischen Steuer gehorcht, wird es am wenigsten einfallen, in kostspieligen Experimenten Millionen zu verpulvern, die sein Klasseninstinkt für den Militarismus reklamirt. Solche Experimente würden den eisernen Gang der Entwicklung nicht hemmen, und um die Handwerkerfreundschaft sich zu erhalten, thut's auch ein geringerer Preis. Eine Scheinvertretung, wo die Handwerker unterthänigst petitioniren und begutachten dürfen, ein neues Lehrlingsreglement, ein Polizeifähel zur Ueberwachung der Gesellen und schließlich ein Meisterpatent, das sich die ehrbaren Zünftler einrahmen lassen können, — oben darüber die goldenen Worte: „Gott schütze das ehrbare Handwerk!“ und unten den Zusatz: „Und seinen goldenen Boden!“

So wären wir also schließlich nach Herrn Gamp's abenteuerlichem Wollenritt wieder auf der nüchternen Welt der Thatsachen angelangt und von den Millionen, die unser Handwerksretter aus dem großen Staatsfüllhorn mit freigebiger Hand austreute, ist nichts übrig geblieben, als — Dunst. Das einzige Sichtbare, was nebenbei mit herausgeflogen kam, und allerdings manchem Handwerker eine nette Ueberraschung brachte, — waren etliche neue Steuern: Tabaksteuer, Delsteuer, Margarineverbrauchssteuer, Quittungssteuer, dazu ein paar Dugend städtische Verbrauchsabgaben, da der Staat den Kommunen die Steuerobjekte weggeschwappt hat. Denn der Staat braucht Geld, neue Vollbataillone, neue Schiffe, — neue Batterien, — wegen des bösen Sozialismus. Die Arbeiter sind nicht zufrieden, — sie begehren gegen diese gute kapitalistische Gesellschaft, gegen diese glück- und segenspendende Wirtschaftsordnung, wo die Kleinen von dem Großen aufgefressen werden. Dafür braucht der Staat Militär, und die Handwerkerfreunde bewilligen freudig neue Steuern. Der goldene Boden trägt sie schon. Und sie stimmen für neue Knebelgesetze, die diese herrliche Gesellschaftsordnung und das heilige, kapitalistische Eigenthum schützen, das die Anziehungskraft des Großkapitals aus dem heillosen Wirrwarr der freien Konkurrenz zusammengehäuft hat und das früher einmal Handwerker eigenthum war. Und die Handwerker helfen den Sozialismus knebeln, denn was geht sie der Sozialismus an? Was sie fordern ist ja nur allergnädigste Staatshilfe. Nieder mit dem Recht, — es lebe die Gnade. Das meinte wohl auch Herr Euler mit seiner Vertheidigung des Gottesgnadenthums?

Aber Eines wollen wir Herrn Gamp doch verrathen, nämlich, daß auch wir die Ueberzeugung haben, daß die großen Wasserkräfte nicht lange mehr unausgenutzt dem Meere zufließen, sondern bald in Form elektrischer Energie für Produktion und Wohlthat dienlich gemacht werden. Allerdings nicht durch Staat oder Reich, die Herrn Gamp's hohe sozialpolitische Weisheit für den großen Akt der Handwerksrettung adoptirt haben, — das wird man sich erst wohl noch einmal gründlich überlegen, — sondern durch das zweck Erwerb von Ausbeutungsprivilegien mit Staat und Gemeinden

verbündete Großkapital. Die technische Entwicklung, die Herr Camp durch den Zauberstab des Staatskredits hervorzurufen träumt, die ist schon im Werden begriffen und bedarf des Staatskredits nicht. Und wenn sie den Staatskredit in Bewegung setzt, dann geschieht das sicherlich nicht zu Gunsten der Kleinhandwerker. Die Wellen, die jetzt noch fessellos dahinfluthen, deren ungehinderte Kraft die Phantasie der Zunftretter begeistert, die werden, wenn sie erst die große Produktionsmaschine in Thätigkeit setzen, noch manchem Kleinhandwerker den Untergang bringen.

Aber noch eine andere sozialpolitische Bedeutung hat dieses Problem der Kraftversorgung, die der kapitalistischen Gesellschaft eine eben nicht angenehme Perspektive eröffnet, — die Verstärkung des Angebots von Arbeitskraft. Sie ist zunächst eine ökonomische Frage, die Millionen Pferdekräfte, welche nutzbar der Produktion zugeführt werden, bedürfen zu ihrer Gewinnung und Beaufsichtigung nur weniger Arbeiter, während Tausende brotlos gemacht werden, — Handwerker wie Arbeiter — die selbst bei effektiver Steigerung der Produktion keine Arbeit finden, weil die kapitalistische Expropriation die Konsumtionskraft der Gesellschaft und somit die Absatzmöglichkeit verringert. Dazu kommt nun aber die soziale Wirkung. In ihrem Eifer, die Produktionskräfte zu steigern, eine Thätigkeit, die durch die Konkurrenz des Weltmarktes zum Zwange wird (wie ja schon jetzt die Nutzbarmachung der Wasserkraft seitens der Bourgeoisie im Interesse der nationalen Produktion gefordert wird!), vergißt die bürgerliche Gesellschaft, die dadurch überflüssig gewordenen Arbeiter, wie sie heute über den Fallit gewordenen Handwerker hinwegschreitet, sie vergißt, was mit ihnen werden soll, vergißt, daß es sich hier nicht um unnütze Werkzeuge handelt, die man bei Seite wirft oder an den Mithändler verkauft, sondern um Menschen, um hungrige, fühlende und denkende Menschen, welche Vieles gelernt haben, vor Allem begreifen gelernt die Unfähigkeit der kapitalistischen Klassen, noch länger die Leitung der Gesellschaft zu behalten, und die darnach zu handeln wissen. Was nützt denn das Predigen von göttlicher Weltordnung und dem Schutz des kapitalistischen Eigentums, wenn der Vermiste mit Schreden gewahrt, daß er von der Tafel der Menschheit ausgeschlossen ist? Er wird sein Recht, zu leben als unveräußerliches Naturrecht dem bürgerlichen Erwerbs-, richtiger Entzignungsrecht entgegenstellen, und wer wollte ihn hindern, diesem Recht der großen Mehrheit Anerkennung zu schaffen? So wenig die Bourgeoisie die Produktionskräfte, die sie entfesseln mußte, bannen kann, so machtlos steht sie der sozialen Umwälzung gegenüber, welche, auf den Fortschritten der Technik fußend, auch die veralteten bürgerlich-rechtlichen Institutionen zerbrechen, und vor Allem das verhasste System der Lohnarbeit beiseitigen wird.

Daß diese Auffassung der Zukunft kein Camp'scher Wolkensflug, sondern nüchterne, reale Wirklichkeit ist, beweist das Rüksten der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie, das ihr viel ernster ist, als der Handwerkerfang einiger Parteien. Auf die Zukunftspantastien eines Handelsministerialrathes, die dieser sich im Schutze seiner Unverantwortlichkeit gestattet, wie auf die resignirenden Klagen des Zünftlers Euler: „O weh, mein armes Handwerk!“ giebt sie keinen Bifferling. Weshalb auch? Die Handwerker werden so lange hoffen und ausharren, als sie Handwerker sind, besonders wenn ein Geh. Kommerzienrath und ein vortragender Geheimrath des Handelsministeriums sich mit Stolz Handwerkerfreunde nennen. Ein paar schöne Reden erfüllen da hinlänglich ihren Zweck. Aber die Agitation und Organisationen der Arbeiterklasse, die dem Kapitalismus ernstlich zu Leibe geht, und die jedem Fortschritt der Entwicklung als der lachende Erbe begrüßt, die keine Gnade, sondern das Menschenrecht fordert, die wird auch ernsthaft genommen und mit Polizei, Staatsanwalt und dem kleinkalibrigen Gewehr bekämpft. Wenn Herr Camp (dem Verdienst seine Krone!) noch vor Abschluß dieses Jahrhunderts Minister werden sollte, so wird auch ihm der Kampf gegen die Sozialdemokratie näher liegen als die erträumte Rettung des Handwerks. Das wird die Handwerker wohl kurieren, wenn bis dahin die neuen Steuern ihnen die Augen noch nicht geöffnet haben. Trost wird nur dem Sterbenden gereicht, dem Lebenden gilt der Kampf.

Eine recht interessante Debatte

Wurde am 12. Februar über die Berichte der Fabrikinspektoren im Reichstage ab. Zunächst war es der Zentrumsgewalt, welcher mit Recht Beschwerde erhob, daß dem Reichstage die Berichte der Fabrikinspektoren nicht im Original, sondern nur in einem Generalauszug vorgelegt würden, wodurch dieselben werthlos seien, weil sie eine hinreichende, tiefgehende Uebersicht unmöglich machen. Dafür kann sich der Redner nicht erwärmen, daß die Dampfkefession von

der Fabrikinspektion getrennt sein soll, er will für die Inspektoren die Abwechslung ihrer Beschäftigung beibehalten wissen. Für Anstellung von weiblichen Inspektoren hat er nicht, auch müßten neben den vermehrten Anstellungen von Gewerberäthen erfahrene Arbeiter in die Stelle von Assistenten aufzurücken dürfen. Nach rühmender Ermahnung der Wirklichkeit des badischen Fabrikinspektors Wörtschhofer empfiehlt Redner die Abhaltung von Konferenzen der sämtlichen Gewerberäthe jedes Einzelstaates und die Zentral-Zusammenfassung des Fabrikinspektorats im Ministerium oder in einem General-Inspektor. Auch muß endlich die Uebersetzung einer selbstständigen Kompetenz an diese Beamten erfolgen.

Redner tadelt, daß die Fabrikinspektoren auch zur Kesselrevision herangezogen würden, daß sei ein Rückschritt. Den Arbeitern müsse das Recht eingeräumt werden, bei genügender Befähigung es bis zum Gewerberath bringen zu können, es sei unnötig, zu verlangen, daß immer erst so und so viel Examina bestanden sein müßten. Ein gewöhnlicher Arbeiter könne ein besserer Gewerberath sein als ein Bureokrat. Durch die Vereinerung des Amtes eines Kesselrevisors mit dem der Fabrikinspektion würde das Amt des Fabrikinspektors in seiner Würde und Bedeutung nicht erhöht, sondern erniedrigt und der Fabrikinspektor seinem eigentlichen Amt entfremdet.

Auf die Frage der Trennung der Kesselrevision von der Fabrikinspektion kann der Staatssekretär von Voettcher nicht eingehen, weil diese die einzelnen Landtage angehe, er will aber seine Kollegen und die Bundesregierungen auf die Ausführungen der Herren aufmerksam machen, damit ihre Wünsche in Erwägung gezogen würden. „Leicht“ sagt er, „wird das nicht sein, da die beiden Herren in der Frage ganz diametral auseinandergehen. Ob die Fabrikinspektoren selbst Abneigung gegen die Uebernahme der Revision hegen, weiß ich nicht; es ist ja möglich, daß die beiden Thätigkeiten inkompatibel sind.“

Den Standpunkt der Sozialdemokratie zur obigen Frage vertrat der Genosse Fischer und Wurm. Ersterer wies mit Recht darauf hin, daß die Rede Voettcher's wohl in Niemandem das Gefühl wachgerufen habe, als sei seitens der Regierungen auf Abstellung vorhandener Uebelstände zu hoffen, in dieser Meinung werde man wesentlich bekräftigt durch die neulichen Ausführungen des Handelsministers von Berlepsch, der sich auch gegen jede Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze erklärt habe, weil das durch sie eventuell in die Arbeiterschaft hineingetragene Gift verstärkt werden könne.

„Dieser Geist der Furcht vor der Sozialdemokratie,“ sagte Fischer, „weht auch in der Anweisung des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1893 an die Fabrikinspektoren bezüglich der Erstattung dieser Jahresberichte. Merkwürdigerweise ist diese Anweisung dem Jahresbericht nicht vorgebrucht, wir haben sie erst auf dem Umwege durch die Presse kennen gelernt. Die Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, daß der Standpunkt des Herrn v. Berlepsch von den breiten Massen der Arbeiter getheilt oder gar gebilligt wird. Im Gegentheil, man ist der Meinung, daß die Regierung vor der Sozialdemokratie die geistigen Waffen gestreift habe, daß sie gegenüber den Gründern der Sozialdemokratie sichhaltige Gegengründe nicht anführen könne und deshalb die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Arbeiterschutzpolitik künftighin bloß mit brutaler Gewalt unterdrücken wolle. Das ergibt sich schon aus der oben erwähnten Anweisung.“

In dieser Anweisung heißt es: „Es sind nur Thatfachen mitzutheilen, die auf zuverlässigen Ermittlungen beruhen; etwaige kritische Bemerkungen sollen einen lediglich sachlichen Charakter tragen.“ Recht treffend wies Redner darauf hin, daß bis jetzt von überreichen kritischen Bemerkungen der Fabrikinspektoren nichts zu merken gewesen wäre, durch die Anweisung würden solche natürlich ganz unterbleiben. Sonderbar berührt der Satz in der Anweisung, „Vorschläge wegen Aenderung oder Ergänzung der bestehenden Vorschriften sind nur in Fällen eines dringlichen praktischen Bedürfnisses und nur nach eingehender Prüfung zu machen.“ Darnach hat es fast den Anschein, als ob die Fabrikinspektoren Vorschläge über Ausdehnung bestehender Bestimmungen hausenweise gemacht hätten, was keineswegs der Fall ist.

Schließlich rief er das in Uebereinstimmung mit der Art und Weise, wie die Berichte aus den Einzelstaaten zu einem Gesamtbande vereinigt worden wären, man müsse den Eindruck gewinnen, als wolle man alle Mispässe unterdrücken und die Schilderungen der traurigen Lage der Arbeiter mildern oder ganz fern halten. So heißt es zum Beispiel über die wirtschaftlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung: „Wenigleich die Industrie in mehreren wichtigen Zweigen unter der Ungunst der Zeitverhältnisse zu leiden hatte, so ist doch in verhältnismäßig geringem Umfange eine Rückwirkung hiervon auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter bemerkbar gewesen. Im Allgemeinen hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter auf derselben Höhe wie im Vorjahre erhalten und zum Theil nicht unwesentliche Fortschritte gemacht. Entsprechend der nur vereinzelt bemerkbar gewordenen Verminderung der Arbeit, ist in der Lebenshaltung und Ernährungsweise der Arbeiter im Allgemeinen keine Veränderung vorgekommen, jedenfalls keine Verschlechterung eingetreten.“

Darnach zu urtheilen, herrschten im deutschen Vaterlande eigentlich noch recht paradiesische Zustände; anders sieht die Sache aber aus, wenn ein Blick in die Einzelberichte geworfen wird, dazu macht Fischer folgende Ausführungen:

Es findet sich im Vergleich dieser, mit dem allgemeinen Bericht, daß sich Mithteilungen diametral gegenüberstehen. So ist z. B. von einem Rückgange der Arbeiterzahl in einzelnen Aufsichtsbezirken die Rede, von Arbeiterentlassungen und Beschränkung der Arbeitszeit in einzelnen Industrien. Einzelne haben die Arbeitszeit bis zu 38 Prozent gekürzt und die Arbeitslosigkeit nahm in Breslau gegen Ende des Berichtsjahres einen ziemlich großen Umfang an; unter den entlassenen Arbeitern befand sich eine Reihe von Familienältern, welche jede Arbeit zu jedem Lohn übernehmen haben würden, falls sich solche gefunden hätte.“ Aus dem Amtsbezirk Liegnitz wird gemeldet, daß wegen des Darniederliegens der Glasindustrie 700 Einwohner den Ort verlassen hätten. In Sudenburg wurden 400 Arbeiter aus der Seidenfabrik entlassen. Redner zitiert ähnliche Berichte aus Riebershagen, Reichenburg-Schmeritz, aus Chemnitz und anderen Orten. Diese einzelnen Berichte stehen mit den allgemeinen Behauptungen im Widerspruch und die Unterdrückung der marantesten Stellen erweckt den Verdacht der Schönfärberei und Tendenzmalerei. Eine ganz Reihe ähnlicher Stellen aus Altenburg, Potsdam u. die dies rühige Stimmungsbild der Einleitung in das Gegentheil verkehrt hätte. In der-

selben Weise unterdrückt worden. Die optimistische Stellung des Staatssekretärs v. Voettcher zu unserer Rothstandsdeklaration hätte allerdings durch jene Berichte eine eigenthümliche Beleuchtung erfahren. In einem Bericht aus Hessen heißt es z. B.: „Die Lebens- und Ernährungsweise der Arbeiterschaft ist im Durchschnitt eine den Anforderungen der Gesundheit und Wohlfahrt nicht entsprechende.“ Die Preise der Lebensmittel sind allerdings etwas herabgegangen, während die Löhne im Ganzen dieselben geblieben sind, aber die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu.“ Mit der zunehmenden Ueberproduktion geht die Unterkonsumtion der Arbeiter und ärmeren Klassen Hand in Hand. Diese Ausführungen bedecken sich vollständig mit dem, was wir in's Feld führen, wenn wir die Behörden auffordern, die zur Befestigung dieses Nothstandes unter den arbeitenden Klassen in ganz Deutschland nothwendigen Maßregeln zu ergreifen. Vielleicht geben aber gerade diese fehlenden Stellen eine Erklärung für den zitierten Erlaß des Reichskanzlers, nur sachliche kritische Bemerkungen aufzunehmen. Lieber gar keine Zusammenstellung als eine solche, wo hinten das Gegentheil von dem steht, was vorne enthalten ist, und die gravirenden Stellen mit der Scheere aus der Welt geschafft werden. Man wird uns entgegenhalten: Das sind nur Einzelheiten, aber von der Hauptsache der Vermehrung des Aufsichtspersonals schweigt Ihr, Euch liegt nur daran, Alles schlecht zu machen, was die Regierung thut.“

Redner kritisiert hierauf die Verquickung von Fabrikinspektorat und Kesselrevision und sagt, daß drei Viertel der Thätigkeit der Inspektoren durch die Kesselrevision in Anspruch genommen werden. So seien in Soltigen 593 Fabrik- und 603 Kesselrevisionen vorgenommen, aber für erstere seien nur 76, für die letzteren 253 Inspektionsstage erforderlich gewesen. Mehrlich haben sich mehrere Inspektoren ausgeprochen; der Merseburger hat nicht einmal so viel Zeit gefunden, die Arbeitsordnungen zu prüfen.

So sei auch die Aussicht zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, indem die Betriebsleitungen bei Kesselrevisionen stets in Kenntniß gesetzt werden, oder, wie Wurm sagt, in Kenntniß gesetzt werden müßten, selbstverständlich sei dann Alles in bester Ordnung.

Es sei nothwendig, da, wie auch einige Fabrikinspektoren berichten, die Zahl der Beamten viel zu gering sei, da es kaum möglich sei, die größeren Betriebe einmal im Jahre zu inspizieren, daß an eine Vermehrung der Fabrikinspektionsbeamten gedacht werde.

Sehr interessant sind die folgenden Ausführungen Fischer's: „Die Gewerbeinspektoren klagen darüber, daß sie nicht überall die nöthige Höflichkeit und das nöthige Entgegenkommen finden; sie werden sogar oft als Organe der Polizei und der Staatsanwaltschaft bezeichnet, und zwar werden diese Klagen nur gegen das Unternehmertum laut. Der Inspektor für Berlin und Charlottenburg wurde sogar öffentlich auf der Straße von einem Unternehmer beleidigt. Der Doppelner Inspektor muß gestehen, daß einzelnen Unternehmern jedes Verhältniß für die Arbeiterschutzgesetzgebung abgehe. In Bremen glaubten Unternehmer sogar das Betreten der Fabrik von ihrer Zustimmung den Inspektoren gegenüber abhängig machen zu dürfen. In Potsdam und Frankfurt a. d. O. haben die Fabrikanten sogar die Regierung angerufen, weil ein Polizeibeamter eine außerordentliche Revision vorgenommen hatte. Daß die Revision geschehen muß ohne die Anwesenheit der Arbeitgeber ist selbstverständlich; denn darüber sind sich alle Gewerbe-Aufsichtsräthe einig, daß die Wahrheit von den Arbeitern nur erlangt werden könne, wenn die Inspektion in der Abwesenheit der Fabrikanten stattfinden; anderenfalls laufen sie ja Gefahr, vom Unternehmer gemahregelt zu werden, wenn sie den Aufsichtsbeamten wahrheitsgemäße Auskünfte erteilen. Ein hervorragender rheinischer Industrieller hat ja öffentlich die Drohung ausgesprochen, jeden Arbeiter zu entlassen, der die Vermittelung eines Gewerbeinspektors anrufen würde! Das sind Thatfachen, die amtlich feststehen, und denen gegenüber man nicht von sozialdemokratischen Verhegungen sprechen kann. Die Sprechstunden der Inspektoren werden zu wenig benutzt, weil der Arbeiter, der mit diesen Beamten in Verkehr tritt, befürchten muß, gemahregelt oder entlassen zu werden. Die vorgesetzten Behörden neigen sich in dieser Hinsicht allzu sehr der Auffassung der Großindustriellen zu. Ich erinnere nur an den Gewerberath Jäger in Köln, der bestraft wurde, weil er in einem sozialdemokratischen Blatt Zeit und Ort seiner Sprechstunden bekannt gemacht hatte. Die kölnischen Industriellen beschwerten sich über ihn, er erhielt einen Rüssel und jetzt ist er nach Lüneburg veretzt. Da muß man es begreiflich finden, daß die Inspektoren darüber klagen, daß ihnen der Verkehr mit den Arbeitern erschwert wird. In industriereichen Gegenden, wo eine Arbeiterbewegung und -Presse vorhanden ist, da werden die Arbeiter auch nicht das Bedürfnis haben, sich bei dem Gewerbeinspektor Rath zu holen. Für industriearme Gegenden ist es aber sehr zu bedauern, daß die Inspektoren nicht mehr Gelegenheit haben, mit der Bevölkerung in Verkehr zu treten. In jenen Gegenden haben die Arbeiter garnicht die genügende Kenntniß von den ihnen zustehenden Rechten.“

Sehr wichtig erscheint uns außer den schon zitierten Forderungen die: daß die Fabrikinspektoren endlich einmal Exekutivgewalt erhalten. Bisher waren dieselben ausschließlich auf die Mitwirkung der Ortspolizeibehörde angewiesen, daß diese aber nicht ausreicht, zum Theil dem Charakter des Fabrikinspektorats widerspricht, geht aus dem Bericht nur zu deutlich hervor. Tringend muß gefordert werden, daß auch die hausindustriellen Betriebe und das Handwerk der Fabrikinspektion unterliegen; denn die Zustände in diesem sind zum Theil geradezu schauerliche zu nennen.

Fischer nimmt dann noch auf einige in den Berichten erwähnte Thatfachen, soweit sie die sojauerlichen Zustände in der Hausindustrie betreffen, Bezug, und sagt zum Schluß:

Wenn behauptet wird, diese Ausführungen hätten nur den Zweck der Verhegung, so haben Sie es ja in der Hand, uns dieses Handwerk dadurch zu legen, daß Sie unsere Wünsche berückichtigen und den berechtigten Beschwerden der Arbeiter abhelfen.“

Daß nach ihm der aus dem Berliner Bierhottel bekannte Köfide Gelegenheit nahm, die Arbeitgeber weit zu wachen und namentlich den Berliner Führern des Wohlthuns eine auszuweisen, ist ihm nicht zu verdenken, es war nur schade, daß der Präsident so wenig Einsicht mit dem Herrn hatte, indem er ihn aufmerksam machte, daß der Bierhottel mit der zur Tagesordnung stehenden Frage in durchaus gar keiner engeren Beziehung stehe. Unser Genosse Wurm weist auf die Erfolge hin, welche England mit den weiblichen Fabrikinspektoren gemacht,

und erucht die Regierung, auf Grund dieser Erfahrungen nicht länger mit der Einstellung weiblicher Fabrikinspektoren zu warten. „Die Inspektorenberichte“, sagte er, „sind eine Anlagenschrift gegen das Unternehmertum. Schaffen Sie die Zurückziehung von Arbeitern zur Fabrikinspektion, dann werden die Zustände besser werden. Wenn es Ihnen aber schon leid thut, diese Arbeiter-schutzgesetzgebung geschaffen zu haben, dann werden die Mißstände verborgen bleiben und die Abhilfe unmöglich gemacht, bis der ganze moralische Bau des großkapitalistischen Betriebes völlig wurmfressig geworden ist und zusammenbricht.“

Daß sich auch die Konservativen wieder einmal als Arbeiter-freunde aufzuspielen den Muth haben, braucht nicht Wunder zu nehmen. Der Abgeordnete Freese erklärte, daß auch seine Partei die vorhandenen Uebelstände an's Licht gezogen und abgestellt wissen wolle. Der Herr hält es für sehr nothwendig, daß den jugendlichen Arbeitern mehr Achtung vor der Autorität beigebracht werde. Wie er sich das denkt, hat er nicht gesagt; daß er dieselben aber zu völlig willens- und handlungslosen Geschöpfen herabdegradiren möchte, ist sehr klar. Es hat die Herren schon immer gedregert, daß die jugendlichen Arbeiter über die paar verbienten Lumpenpfennige auch sogar noch selbst verfügen dürfen, man möchte durch ein Spezialausnahmsgesetz gegen jugendliche Arbeiter verhindern, daß diese ihre freie Zeit ausnützen, um die ihnen vorenthaltene Bildung mehr zu vervollkommen und auch zu verhindern, daß sie sich mit den sozialdemokratischen Ideen vertraut machen. Diese Zwecke zu verhindern, wird auf Seite der Sozialdemokraten keine Hilfe zu finden sein, wie er zu hoffen wagte.

Daß eine Ordnungsgröße, wie der Herr von Freese, die Pflicht hat, die Ordnungshüter in Schutz zu nehmen, ist selbstverständlich; deshalb verübeln wir es ihm auch nicht, wenn er die Ortsbehörden in Schutz nimmt gegenüber dem gehetzten und berechtigten Mißtrauen, das denselben sozialdemokratischerseits bezüglich der Handhabung des Arbeiterschutzes entgegengebracht wird.

Eine Liebe ist bekanntlich der anderen werth. Uns will bedünken, daß, wo von allen Seiten die Mangelhaftigkeit des Fabrikinspektorenwesens, ihre zu geringe Anzahl, die zu geringe Exekutivgewalt, die zu große Arbeitslast und die Zwecklosigkeit des Instituts unter den obwaltenden Umständen anerkannt ist, die Regierung doch bald zu einem Beschlusse kommen sollte, der die geringsten Uebelstände beseitigte, und den Wünschen der meist Interessirten, der Arbeiter, Rechnung trüge.

Rechnenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Vom 1. März 1892 bis zum 31. Dezember 1894.

Am 16. November 1890 trat in Berlin eine Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaftsorganisationen zusammen und beschloß, daß nach Erledigung der damals in Aussicht stehenden Gewerkschaftsstatuten ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß stattfinden solle. Gleichzeitig legte die Konferenz eine Kommission ein mit der Aufgabe, die Vorarbeiten für den Kongreß zu machen und dessen Einberufung zu besorgen, Abwehrkreuz zu unterstutzen und die Agitation in den Gegenden und in den Berufen zu betreiben, in welchen die Arbeiter nicht oder ungenügend organisiert waren.

Diese Aufgaben dieser Kommission, welche sich bei ihrer Konstituierung den obigen Namen beilegte, sollten durch Beiträge seitens der Gewerkschaften entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder gedeckt werden.

Der der Einnahme an freiwilligen und Vereinsbeiträgen aus M. 115 256 26 wußte, um die Abwehrkreuz, sowie die Aus-herrungen genügend unterstützen zu können, ein Darlehen von M. 106 950 aufgenommen werden. Zur Begründung eines festen Fonds veranlaßte die Kommission am 1. Mai 1891 eine Sammlung, die M. 64 776 16 ergab. Als aber die auf der Berliner Konferenz in Aussicht gestellten Beiträge der Gewerkschaften ausblieben, mußte die letztere Summe vorläufig zur Deckung der Darlehen verwandt werden. Das Defizit betrug am 1. März 1892 trotzdem immer noch M. 31 950.

Am 7. September 1891 trat auf Vorschlag der Kommission wiederum eine Konferenz der Vorstände der Zentralvereine in Halberstadt zusammen, um dieser Direktive über die zu unterstutzenden Abwehrkreuz zu geben und den Entwurf eines Organisationsplanes der Generalkommission zu prüfen. Die Konferenz beschloß, daß jede Gewerkschaft pro Quartal und Mitglied 3 1/2 Pfennig an die Generalkommission zu zahlen, daß zur Abwehrkreuz, hervorgerufen durch einen Angriff der Unternehmer auf das Qualifikationsrecht der Arbeiter, unterstützt und der Gewerkschaftskongreß Anfang 1892 abgehalten werden solle. Dieser tagte vom 14.—18. März in Halberstadt.

Beschlossen wurde: Den Organisationen verwandter Berufe zu empfangen, Kartellverträge miteinander abzuschließen. Die Generalkommission beschloß zu leisten, doch soll sie Streiks irgend welcher Art nicht mehr unterstützen.

Die Aufgaben der Generalkommission sollen folgende sein:

1. die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind, zu betreiben;
2. die von den einzelnen Zentralvereinen aufgeworbenen Streitkräfte zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiter-schaft zu gestalten und eventuell zusammenzufassen;
3. juristische Aufzeichnungen über künftige Streiks zu führen und rechtlich zu unterstützen;
4. ein Blatt herauszugeben und den Redaktionen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Befreiung an deren Hauptstellen zuzuführen, welches die Verbindung künftiger Gewerkschaften mit einander erleichtert, die nöthigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtliche Bekämpfung in der Tagespresse herbeizuführen hat;
5. internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten.

Jede gewerkschaftliche Gewerkschaft hat pro Mitglied und Quartal 3 1/2 an die Generalkommission zu zahlen, als dieser Betrag um aus der Kasse der Gewerkschaften gezahlt oder durch von der Generalkommission herauszugebende Marken à 10 1/2 er-

* Da jede Zahlstelle den ihr (in Bracketsform) zugehörigen Bestand in der Veranschaulichung zur Verfügung bringen und eventuell darüber berichten kann, glaubten wir von der Verantwortlichkeit des ganzen Berichtes absehen zu können.

hoben wird, bleibt den Gewerkschaften freigestellt. Diese Marken können auch an nichtorganisirte Arbeiter abgegeben werden.

Gewerkschaften, welche die festgesetzten Beiträge an die Generalkommission nicht zahlen, haben auf dem von denselben einberufenen Kongresse weder Sitz noch Stimme. Zur Deckung des Defizits sollen freiwillige Beiträge à 10 1/2 von den Mitgliedern der Gewerkschaften geleistet werden. — Dies die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses.

Nachfolgend die Abrechnung der Generalkommission für die Zeit vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1894:

Einnahme.

An Kassenvortrag am 1. März 1892.....	M.	8739,38
Quartalsbeiträgen.....	"	47411,54
Von Vereinen und Privaten.....	"	1086,96
An Prospekten:		
a) Zur Organisationsfrage.....	"	712,78
b) Protokolle des Halberstädter Kongresses.....	"	1021,16
c) Anleitung zum Vereins- und Versammlungsrecht.....	"	1462,57
Reisekosten.....	"	258,50
Zur Deckung des Defizits.....	"	8022,15
Abonnement auf das „Correspondenzblatt“.....	"	155,17
Zinsen des Giro-Konto.....	"	222,05
Diverse Einnahmen (zurückgezahlte Darlehen u.).....	"	3790,—
Summa.....	M.	72882,26

Ausgabe.

Agitation.....	M.	15801,72
Anwaltskosten.....	"	25 25
Druckkosten.....	"	11666,65
Porto und Postgebühren.....	"	3058,04
Gehalt des Vorsitzenden.....	"	5230,—
Vertretung des Vorsitzenden.....	"	492,—
Entschädigung und Auslagen für den Kassirer Dammann.....	"	313,35
Unkosten des Halberstädter Kongresses.....	"	771,05
Delegation auf Generalversammlungen und Kongressen.....	"	1875,70
Sitzungen der Kommission.....	"	553,85
Zurückgezahlte Beiträge.....	"	5,10
Darlehen.....	"	11730,—
Verwaltungskosten (Miethe, Feuerung u.).....	"	1232,74
Bücher und Schreibmaterial.....	"	210,75
Diverse Ausgaben (Uebersetzungen, Expedition von Flugblättern und „Correspondenzblatt“ u.).....	"	1459,65
Kassenvortrag für 1895.....	"	18456,41
Summa.....	M.	72882,26

Bilanz.

Kassenbestand am 1. März 1892.....	M.	8739,38
Einnahme.....	"	64142,88
Summa.....	M.	72882,26
Ausgabe.....	"	54425,85
Kassenbestand am 31. Dezember 1894.....	M.	18456,41

Stand des Darlehens am 1. März 1892.....	M.	31950,—
Zurückgezahlte.....	"	11730,—
Stand des Darlehens am 31. Dezember 1894.....	M.	20220,—

A. Demuth, Kassirer.
Revidirt, mit den Büchern und der Kasse übereinstimmend
gefunden.
A. von Elm. S. Sabath.
Hamburg, den 7. Januar 1895.

Die Generalkommission beschloß, um die Gewerkschaften nicht zu sehr zu belasten, die Beitragszahlung, à Mitglied 5 1/2 nur für voll gezahlte Beiträge zu berechnen, da vielfach krank und arbeitslose Mitglieder von den Beiträgen befreit sind und die Gewerkschaften von diesen selbst keine Einnahmen haben.

Bis Ende Dezember 1894 haben 3, bis Ende September 8, bis Ende Juni 1894 6 Organisationen die auf sie entfallenden Beiträge an die Generalkommission geleistet, und galten diese demnach zu denjenigen, welche ihrer Verpflichtung gegenüber nachgekommen sind. (Unter diesen befindet sich auch der Holzarbeiterverband, der bis Schluß des zweiten Quartals 1894 bezahlt hat. D. Red. der „Holzarbeiter-Ztg.“) Seit Bestehen der Generalkommission am 1. März 1892 sind 11 Quartale verlossen. Sämmtliche 11 Quartale bezahlten 2 Organisationen, die Porzellanarbeiter schlossen sich am 1. Januar 1893 der Generalkommission an und bezahlten 8 Quartale, also bis Ende 1894 für 10 Quartale bezahlten 8, für 9 Quartale 2 Organisationen.

Der Holzarbeiterverband, welcher am 1. Juli 1893 gegründet wurde, bezahlte 4, die Organisationen der Bürstenmacher, der Drechsler, Stellmacher und Tischler, welche sich an obigem Tage vereinigten, je 5 Quartalsbeiträge, so daß auch für diese Organisationen zusammen 9 Quartalsbeiträge entrichtet wurden.

Für 8 Quartale zahlten 3, für 7 Quartale 5, für 6 Quartale 4, für 5 Quartale 4, für 4 Quartale 1, für 3 Quartale 2, für 2 Quartale 4, für 1 Quartal 5 Organisationen. Buchdrucker, Lithographen und Seiler konnten wegen langandauernder Streiks, Hutmacher und Kupferstiche wegen zu großer Zahlungsansprüche der Betriebsklasse durch Arbeitslose ihre Beiträge nicht voll bezahlen. Von inzwischen aufgelösten 5 Organisationen sind insgesammt 12 Quartale gezahlt. Von lokalen Vereinen insgesammt 53 Quartale. Gar keine Beiträge bezahlten 12 Organisationen.

Wenn die Beiträge regelmäßig bezahlt worden wären, hätte bezüglich der Agitation mehr geleistet werden können.

Zur Deckung des Defizits sind nur M. 8022 und zwar für verkaufte Marken à 10 1/2 eingegangen, so daß von den M. 31 950 Defizit nur M. 11 730 auf Darlehen zurückgezahlt werden konnten. Der Bericht führt Beschwerde darüber, daß die Gewerkschaften ihr gegebenes Versprechen, das Defizit durch freiwillige Sammlungen zu decken, nicht eingelöst haben. Eine Reihe Gesuche um Gewährung von Darlehen zu Streikunterstützung mußte abgelehnt werden, desgleichen Gewährung von Unterstützung für Gewerkschaften; nur in wenigen Fällen ist solchen Gesuchen entsprochen, und zwar da, wo die Rückzahlung offenkundig eine Folge der agitatorischen Thätigkeit im Auftrage der Generalkommission war. Die Summen sind unter „Diverse Ausgaben“ mit aufgeführt.

Die Agitation, welche seitens der Generalkommission betrieben wurde, hat sich zumeist auf die östlichen Provinzen beschränkt. Der Bericht schildert, wie schwer es hatte, dort Ein-

gang und die Leute zu finden, welche der Gewerkschaftsorganisation Interesse entgegenbringen, d. h. sich für dieselbe verwenden wollen und können. 100 000 Flugblätter in deutscher Sprache seien angesetzt und zu 60 000 an 160 Orte verandt worden, auf besonderen Wunsch folgten mehrere kleinere Sendungen nach. Später ist den Adressaten der Flugblätter auch eine Broschüre, „Anleitung zum Vereins- und Versammlungsrecht“, zugesandt, um ihnen dadurch bei Einberufung von Versammlungen und Vereinsgründungen an die Hand zu gehen. Die erste mündliche Agitationstour in Ost- und Westpreußen vom 13. Juni bis 29. Juli 1892 unternahm Genosse Edstein-Zwickau; er besuchte 29 Orte und hielt 7 Versammlungen ab. Die Ausgaben betragen M. 391,10. Die geringe Anzahl der Versammlungen erklärt sich daraus, daß theils keine Lokale, theils keine Personen als Einberufer von Versammlungen vorhanden waren. Im Februar 1893 wurde der Plan, in genannten Provinzen Agitationskommissionen zu bilden, ausgeführt. Mit der Ausführung und Agitationstour wurde der Vorsitzende der Generalkommission betraut.

Das diesem von Arbeitern in Königsberg, Danzig und Thorn gegebene Versprechen, Agitationskommissionen zu gründen, wurde nur von ersteren eingelöst.

Diese hielt in der Zeit vom 17. Mai bis 31. Dezember 1893 40 Versammlungen ab, in 26 Konferenzen, wo keine Versammlungen stattfinden konnten, suchte sie Anhänger zu gewinnen. Konnte eine Agitation infolge zahlreicher Differenzen unter den Mitgliedern der Kommissionen, die durch zweimaliges persönliches Eingreifen der Generalkommission geschlichtet wurden, im vorigen Jahre nicht wie es wünschenswerth betrieben werden, so soll dieselbe in diesem Jahre um so lebhafter in Angriff genommen werden.

Im Dezember 1893 machte der Vorsitzende der Generalkommission eine Agitationstour durch Ost- und Westpreußen. In Danzig wurde ebenfalls eine Agitationskommission gebildet, die außer Westpreußen auch einen Theil Pommerns in ihren Thätigkeitsbereich zieht. Ueber die Thätigkeit dieser Kommission spricht sich der Bericht recht befriedigt aus und hofft er, daß die Mittel für die Agitation nicht nutzlos ausgegeben sind; natürlich würde sich der Erfolg erst nach einigen Jahren zeigen können. Eine Statistik, die von der Kommission in Königsberg über die Zahl der den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen Angehörigen in 14 Orten aufgestellt wurde, zeigt einen erfreulichen Zuwachs. Im Jahre 1893 am 1. April betrug die Zahl der Mitglieder 1280, am 1. Januar 1894 1790. (Die Zahl der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes hatte sich in diesem Zeitraum um 67 erhöht. In Betracht kommt, daß der Verband von den 14 Orten nur in Königsberg, Küst, Danzig, Elbing und Neustettin Zahlstellen hatte. D. Red.)

Den Agitationskommissionen in Königsberg und Danzig wurden insgesammt M. 4320 zur Verfügung gestellt, die zum größten Theile zur Agitation, aber auch zur Unterstutzung an solche Genossen, die infolge ihrer Agitation am Orte keine Arbeit mehr bekommen konnten, verwandt wurden. Ein Haupthinderniß, das sich der Agitation entgegenstellt, ist der Mangel an Lokalen. Die Generalkommission, obgleich sie größere Mittel zur Beschaffung von Lokalen nicht hergab, mußte doch für Küst zur Beschaffung eines solchen M. 300 als Darlehen bewilligen, welche natürlich zur Rückzahlung gelangen.

In Thorn wurde ein zuverlässiger Genosse beauftragt, zwei Agitationstouren zu unternehmen. Dieselben kosteten M. 350. Ebenso wurde ein Genosse in Pleschitz (Posen) mit zwei Agitationstouren, die sich allerdings nur auf Verbreiten von Flugblättern und Suchen von Anknüpfungspunkten für weitere Agitation beschränkten, betraut. Dieselben erforderten eine Ausgabe von M. 59,40.

Die Bildung einer Agitationskommission in Schlesien (Oppeln) mußte aufgeschoben werden, weil die in Aussicht genommene Person den Ort verlassen mußte und eine andere Kraft noch nicht vorhanden ist. Agitationstouren im Auftrage der Generalkommission wurden noch weiter in Niederschlesien und im westlichen Deutschland unternommen. Die erstere fand im Dezember 1894 statt, es wurden 12 Versammlungen veranstaltet und M. 195,25 verausgabt. Die letztere fand im Juli 1894 statt, abgehalten wurden 19 Versammlungen, und verursachte M. 300 Kosten.

Eine Agitation unter den industriellen Arbeiterinnen soll entfaltet werden, so bald genügend Meldungen eingegangen sind. Die Agitation unter den Arbeitern der Nahrungsmittelindustrie wurde mit der Verbreitung von 70 000 Flugblättern eingeleitet. Die Vorbereitungen zur mündlichen Agitation waren sehr umfangreich. 14 Agitationsbezirke wurden gebildet und für jeden ein Agitator bestimmt. Abgehalten wurden 38 Väder, 12 Brauer-, 14 Schlächter- und 7 Konbitorenversammlungen. Außer diesen fanden noch 95 allgemeine Versammlungen der Nahrungsmittelindustriearbeiter statt. Die Kosten für die mündliche Agitation der vorgeannten Arbeiter betragen an Fahrgehalt M. 1242,85, Diäten M. 3388, 90 Annoncen und Druckkosten außer den Flugblättern M. 1510,17, zusammen M. 6141,92. Wenngleich der Augenblickserfolg (1616 Personen meldeten sich zur Aufnahme) nur ein minimaler ist, so hat die Agitation wenigstens eine Anregung zur Organisation unter diesen Arbeitern ermöglicht. Als nächster Erfolg der Agitation ist die Gründung eines Schlächterverbandes zu bezeichnen, zu dessen Einrichtung die Generalkommission M. 300 beisteuern mußte, um die in's Leben gerufene Bewegung nicht wieder erlöschen zu lassen. Auch dem Müllerverbande wurden M. 300 zur weiteren Agitation zur Verfügung gestellt. Dem Vorhange des südböhmischen Müllerverbandes, der mit Rücksicht auf die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik eine rege Agitation entfalten wollte, wurden M. 700 bewilligt. Außerdem wurden noch auf Antrag folgenden Organisationen Mittel zur Agitation gegeben: den Barbieren M. 300, den Bureauangestellten M. 300, den Fabrikarbeitern M. 200, den Handlungsgehilfen M. 175, den Kellnern (Dresden) M. 60, den Seilern M. 300 und den Tapezierern M. 400.

Der Bericht betont hier, daß die Bewilligung dieser Summen stets erst dann erfolgte, wenn nachgewiesen wurde, in welcher Weise das Geld für die Agitation verwandt werden sollte, und unter der Bedingung, daß über die Agitation ein eingehender Bericht gegeben werde.

Eine Agitation unter den Ziegeleiarbeitern in Lippe-Dehmold erwies sich als erfolglos. Für ein Flugblatt zu diesem Zwecke wurden M. 94 verausgabt und außerdem die Kosten für eine Agitationstour nach Lippe bezahlt. Es war beim besten Willen nicht möglich, die Organisation der Ziegler zu halten, sie löste sich auf und wurden die Mitglieder von der Lagerorganisation aufgenommen. Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Agitation

unter den Bergarbeitern seitens der Generalkommission zugewendet. Der Vorsitzende derselben unternahm im September und Oktober eine Tour durch das Saar- und Ruhrgebiet und hielt 17 Versammlungen ab. Die Agitation unter den Bergarbeitern wird, da deren Organisation für die Arbeiterbewegung von größter Bedeutung ist, auch für die Folge eifrig betrieben werden.

Der Bericht gedenkt ferner noch der Thätigkeit der Generalkommission in Bezug auf Gründung örtlicher Gewerkschaftskartelle, bei deren Bildung sie hülfreiche Hand geleistet hat, und betont, daß sie auf dem Gebiete der Agitation redlich bemüht gewesen ist, dem ihr gegebenen Auftrage nachzukommen.

Bezüglich der Statistik entnehmen wir dem Bericht, daß es der Generalkommission nicht möglich ist, die ihr gestellte Aufgabe erfüllen zu können. Der Bericht sagt wörtlich:

„Die Statistik liegt in den deutschen Gewerkschaften noch sehr im Argen. Nicht nur, daß nicht alle Organisationen in bestimmten Zwischenräumen statistische Aufzeichnungen über die Lage der Berufsangehörigen machen, sondern auch die Vervollständigung der letzteren an den statistischen Aufnahmen ist eine so geringe, daß diese Zusammenstellungen fast nie die wahre Lage der Arbeiter eines Berufes schildern, weil gerade die schlechtest gestellten Arbeiter keine Angaben machen. So lange bei den deutschen Arbeitern nicht genügend Bedürfnis und Verständnis für diese wichtige Arbeitstätigkeit der Gewerkschaften vorhanden sein wird, dürfte auch das Unternehmen, diese Statistiken einheitlich zu gestalten, vergeblich sein. Doch noch ein anderer Grund liegt vor, welcher es der Generalkommission unmöglich machte, diesen ihr gegebenen Auftrag so auszuführen, wie dies im Interesse der Gewerkschaftsbewegung wünschenswert wäre. Wenn dieser Theil der Arbeiten der Generalkommission ausgeführt werden soll, dann müßte die bisherige Praxis, nur eine Person gegen Bezahlung mit der Ausführung der Arbeiten zu betrauen, aufhören. Sobald die Generalkommission beginnen würde, diese umfangreichen statistischen Arbeiten zu machen, wäre es nothwendig, mehrere in der Statistik geübte Kräfte heranzuziehen und zu befordern. Um dieses ausführen zu können, müßte aber der Zusammenhang der einzelnen Gewerkschaften mit der Generalkommission ein anderer sein, als er es heute ist.“

Wie mit der mangelhaften Pflanzföhrung bezüglich der Beitragsleistung an die Generalkommission, stände es auch mit der Einkieferung derjenigen Materials, das zur Aufklärung einer brauchbaren überschüssigen Statistik erforderlich ist. Aufgabe des nächsten Gewerkschaftskongresses würde es sein, diese Angelegenheiten zu regeln und Mängelstände zu beseitigen.

Bezüglich der Aufstellung einer genauen Statistik sei es nothwendig, die im Auslande befindlichen zu verpflichten, allwöchentlich einen genauen Bericht an die Kommission einzusenden. Diese Mittheilungen müßten registriert und am Jahreschlusse zusammengestellt werden.

Zu wenig sei auch der Wunsch seitens der Gewerkschaften berücksichtigt worden, so schnell wie möglich Bericht an die Generalkommission über Streiks und Ausperrungen gelangen zu lassen, damit diese Gelegenheit nehmen könnte, auch in ausländischen Zeitungen auf dieselben hinzuweisen.

Die Föhrung der Statistik bezüglich der Streiks müßte sich auf die Angaben der Vorstände der Organisationen beschränken, die sie am Jahreschlusse machten. Nach diesen Angaben fanden Streiks statt:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Ausgaben an Unterstützung in Mark
1890/91	226	38 536	1348	2 094 922
1892	78	3 022	507	84 638
1893	116	9 356	568	172 001
Zusammen	415	50 914	2423	2 351 561

Die statistischen alljährlichen Aufnahmen über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaftsorganisationen haben, wie der Bericht sagt, eine ständige Verbesserung erfahren, leider war auch der Eifer der Gewerkschaften, die erforderlichen Angaben, nicht so rege, als dies zu wünschen war.

Die Aufstellungen im „Correspondenzblatt“, auf welche der Bericht hinweist, zeugten von dem Bemühen der Generalkommission, ein richtiges Bild von dem Stand der Gewerkschaftsbewegung geben zu wollen, aber außerdem sei sie auch bestrebt gewesen, in den Tabellen durch entsprechende Berechnungen Anregung zu agitatorischer Thätigkeit zu geben.

Die Aufnahme lokaler Arbeitslosenstatistiken suchte die Generalkommission dadurch zu fördern und in ein einheitliches System zu bringen, daß sie im „Correspondenzblatt“ Anleitung zu solchen Aufnahmen gab. In diese Anleitung waren Fragebogen und Tabellen eingefügt, so daß auch die mit der Statistik nicht vertrauten Personen die Arbeiten für eine Arbeitslosenstatistik ausführen konnten. Das Ersuchen einzelner Gewerkschaftskartelle, diese Anleitung ihnen zuzustellen, zeigte, daß diese Arbeit nicht fruchtlos war, sondern bei Aufnahme von Arbeitslosenstatistiken verwandt worden ist.“

Es läßt sich nicht verkennen, daß durch die Anregung zu statistischen Aufnahmen der Sinn für dieselbe unter den Arbeitern ganz bedeutend gehoben wurde.

Bezüglich des „Correspondenzblattes“ sagt der Bericht, daß der ursprüngliche Zweck, fortlaufende Berichte über alle Arbeitseinstellungen und Arbeiterausperrungen zu bringen, nicht vollkommen erreicht wurde, weil, wie schon früher angedeutet, die am Streik Beteiligten nicht regelmäßig Berichte einreichten.

Dagegen hat sich Gelegenheit, eine Reihe von Artikeln zu veröffentlichen, die theils zur Orientierung, theils zur Propaganda für die Gewerkschaften dienen. Es wurde besonders Gewicht darauf gelegt, Uebersetzungen aus den Zeitschriften und Kongressprotokollen der ausländischen Gewerkschaften zu bringen.“

Bei dem geringen Umfange des Blattes sei es nicht möglich gewesen, alles Material zu verwerthen, das sich wohl dazu eignen würde. Es dürfte für die spätere Zeit daher nicht unzuwennig erscheinen, das Blatt zu vergrößern. Im ersten Jahrgang erschien das Blatt in 36 Nummern und 400 Exemplaren. Der zweite Jahrgang umfaßte 29 Nummern und wurde eine Auflage von 4000 Exemplaren hergestellt; der dritte Jahrgang umfaßte 30, der vierte 47 Nummern; in diesem Jahre erreichte die Auflage 5300 Exemplare. Die Zahl der Abonnenten (Leute, die sich für die Gewerkschaftsbewegung interessierten, aber nicht Vertrauensleute sind) betrug 30, diese erhielten das Blatt für 50 $\frac{1}{4}$ per Quartal.

Eine Broschüre „Die Organisationsfrage“ wurde in einer Auflage von 35 000 Exemplaren hergestellt und fast sämmtlich verkauft, sodaß sich die Unkosten reichlich deckten. Vom Protokoll des Gewerkschaftskongresses, das in einer Zahl von 20 000 gedruckt wurde, sind nur 7500 zum Preise von pro Stück 20 $\frac{1}{4}$ abgesetzt worden. Auf Anregung des Tischlerverbandes ist die Broschüre „Anleitung zum Vereins- und Versammlungsrecht“ ausgearbeitet und in 7500 Exemplaren hergestellt. Nachdem die Auflage vergriffen, folgte eine zweite von 3000 Exemplaren, die zum Theil noch nicht verkauft ist. Eine in Vorbereitung sich befindende Agitationsbroschüre wird Mitte dieses Jahres erscheinen. Dieser Arbeit soll besondere Sorgfalt gewidmet werden, weil sie nicht nur Agitation für die Gewerkschaften dienen, sondern auch den Mitgliedern der Gewerkschaften ein Bild der Entwicklung des gewerkschaftlichen Lebens bieten soll.

Internationale Beziehungen knüpfte die Generalkommission mit Oesterreich, Frankreich, England, Dänemark, Schweden, Italien, Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika an. Während sich der schriftliche Verkehr mit Dänemark, Schweden, Italien und Spanien auf die Mittelstellung von Streiks beschränkte, nahm er mit den anderen Ländern, namentlich mit Oesterreich einen größeren Umfang an, in dem auch über andere Angelegenheiten Auskunft gegeben und erbeten wurde.

Auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress, der 1893 in Wien stattfand, war die Generalkommission vertreten, um nähere Beziehungen anzuknüpfen. Von der Vertretung auf anderen ausländischen Kongressen hat dieselbe Abstand genommen; es dürfte aber, wie es im Bericht heißt, „empfehlenswerth sein, daß für die spätere Zeit durch die Beschickung solcher Kongresse der Gedanke zum Ausdruck gebracht wird, daß die deutschen gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sich mit den auf demselben Boden kämpfenden ausländischen Genossen solidarisch föhlen.“

Die Beschlässe und innere Verwaltung der Generalkommission nehmen in dem Bericht 5 Seiten Raum ein, wir beschränken uns darauf, nur das Wichtigste daraus anzuföhren. Zu dem am 8. Oktober in Frankfurt a. M. einberufenen Sozialen Kongress des Freien deutschen Hochlands entsandte die Generalkommission einen Vertreter; sie glaubte, daß außer den Fragen wie Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenstatistik, die zur Besprechung standen, auch die Frage des Arbeitsnachweises für die Gewerkschaftsbewegung wichtig genug sei, um die Kosten für die Vertretung rechtfertigen zu können; jedenfalls, heißt es im Berichte, könne man sagen, daß der Kongress besondere Anregung für die ziemlich allgemein gewordene Bewegung zur Errichtung städtischer Arbeitsnachweise gegeben habe und der Besuch des Kongresses durch Vertreter der Generalkommission und vieler Gewerkschaften als ein Vortheil für die Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden könne.

Laut einem Beschlusse der Generalkommission im Oktober sollte zu Kongressen und Generalversammlungen der Gewerkschaften, bei denen es nöthig erscheine, die Generalkommission vertreten sein, um einen bessern Einblick in die gewerkschaftliche Bewegung in den einzelnen Berufen zu erhalten, als dies durch die Fachpresse möglich war. Gegen diesen Beschlusse ist von mehreren Gewerkschaftsblättern Einspruch erhoben. Die Generalkommission befragte deshalb die Vorstände um ihre Meinung zu dem Beschlusse. 14 Vorstände waren für denselben, 10 dagegen, 9 erklärten, daß eine Vertretung nach Bedarf stattfinden solle. Seit dieser Zeit (im März 1894) ist die Generalkommission nur auf Wunsch oder wenn bei Anfrage zustimmend geantwortet wurde, auf Kongressen und Generalversammlungen vertreten. Der Bericht zählt hierauf eine ganze Reihe Generalversammlungen auf, auf denen die Kommission im vorigen Jahre vertreten war.

Der Beschlusse der Generalkommission, eine Umfrage bei den Vorständen zu halten, ob in diesem Jahre ein Gewerkschaftskongress abgehalten werden solle oder nicht, sowie das Resultat derselben, ist unseren Lesern bekannt, wir brauchen deshalb nicht näher darauf einzugehen. Ueber den Wechsel der Personen in der Generalkommission können wir hinweggehen; erwähnen wollen wir nur, daß der frühere Kassirer H. Dammann starb und an seine Stelle H. Demuth, Buchdrucker, trat. Sitzungen hielt die Kommission seit dem 31. März 1892 118 ab.

Die in der Generalkommission zu verrichtenden Arbeiten, Korrespondenzen, Ausarbeitung von Flugblättern und Broschüren, Zusammenstellung der Statistiken, Expedition des „Correspondenzblattes“ und zum Theil auch die erforderlichen Agitationsreisen wurden bis zum Juli 1894 von dem Vorsitzenden allein erledigt. Da die Arbeiten sich um diese und durch die Agitation auch für die spätere Zeit enorm häuften, so wurde dem Vorsitzenden eine Hilfskraft zur Expedition des „Correspondenzblattes“ an zwei Tagen in der Woche, in welcher das Blatt erschien, zur Verfügung gestellt. Ueber den Umfang des Postverkehrs werden folgende Zahlen Auskunft geben. Es liefen vom 1. März 1892 bis zum 31. Dezember 1894, ohne die zahlreichen Drucksachen, 3864 Briefe ein, Abgehandelt wurden 4610 Briefe und Hestogramme, 43 751 Kreuzbänder mit „Correspondenzblatt“, 770 Kreuzbänder mit Flugblättern, 669 Pakete und Kreuzbänder mit Broschüren und 84 Sendungen Marken, zusammen 49 864 Postsendungen.

Zur Erledigung der Arbeiten und zur Aufbewahrung der Materialien war die Beschaffung eines besonderen Bureaus erforderlich. Für dasselbe wurden bis zum 1. Mai 1894 M. 150, von da ab M. 250 pro Jahr an Miete bezahlt. Bis zum Mai 1894 konnte die Generalkommission in dem Bureau des Centralvorstandes des Verbandes der Maurer ein Zimmer erhalten, während von diesem Zeitpunkt ab die Mithung eines eigenen Zimmers erforderlich war.

Dem Vorsitzenden wurde bis zum 1. Januar 1893 ein Gehalt von M. 140, von da ab ein Gehalt von M. 160 pro Monat gezahlt. Bis zum Januar 1893 hatte der Vorsitzende als Verwaltungsvorstand einer Krankenkasse noch ein Neben-einkommen von M. 20 pro Monat. Dem Hilfsarbeiter wurden pro Tag M. 5 gezahlt. Der Kassirer und die Revisoren beanspruchten eine Vergütung für ihre Arbeitstätigkeit nicht. Die Kommissionsmitglieder erhielten für jede Sitzung eine geringfügige Entschädigung, sowie die Fahrkosten und etwaige Reiseverköstigungen bezahlt. Letzteres, weil vielfach die Sitzungen in den Tagesstunden stattfanden.“

Zum Schlusse heißt es in dem Bericht, nachdem auf die Nothwendigkeit eines Centralindegliedes zwischen den Gewerkschaften Deutschlands hingewiesen wird: „Es gilt jedoch, mehr zu leisten als bisher geschehen, es gilt, die Institution der Generalkommission weiter auszubauen, wenn dieselbe zu der Vollkommenheit des ursprünglichen Projektirten entwickelt werden soll. Wir hoffen, daß unter Bericht Veranlassung zu rager

Diskussion in Gewerkschaftsversammlungen geben und daß durch die Klärung der Meinung die Grundlage zu weiterem gemeinsamen Wirken allmählig geschaffen werden wird.“

Sozialpolitische Rundschau.

Die Stichwahlen zum Württembergischen Landtage sind vollzogen. Zum ersten Male wird im Halbmonatsale die Sozialdemokratie vertreten sein, denn in zwei Wahlkreisen, Stuttgart-Stadt und Cannstatt, sind die Genossen Carl Klotz und Glaser gewählt. In drei Kreisen sind unsere Genossen unterlegen. Diese Wahl ist ein Fingerzeig und eine ernste Mahnung an die Kämpfer gegen den Umsturz. Das Volk hat deutlich genug bewiesen, welche Politik es wünscht und welche Wege eingeschlagen werden müssen. Die sozialdemokratischen Vertreter werden ihre Pflicht thun und unentwegt für die Prinzipien der Sozialdemokratie eintreten überall da, wo man die Volksrechte zu verthemen sucht, für Erhaltung und Erweiterung derselben auf dem Plage sein, und dem gegenwärtigen Regierungssystem einsteigen, so gut dies nur möglich ist, und dazu wünschen wir unseren Genossen die besten Erfolge.

Die Auflösung der Arbeiterorganisationen wird in Sachsen systematisch betrieben. Das neueste Opfer dieses staatsretterischen Eifers ist der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter. E. G. Durch Beschlusse des Amtsgerichtes Zwickau vom 2. Februar d. J. ist dem gedachten Verbands auf Grund von § 78 Biffer 1 des sächsischen Genossenschaftsgesetzes vom 15. Juni 1868 das Recht der juristischen Person entzogen und die Genossenschaft aufgelöst worden. Gleichzeitig damit ist die vom Verbands gegründete Beerdigungs-Unterstützungskasse der Auflösung verfallen. Der Verband umfaßte zur Zeit circa 9200 Mitglieder und mit den Mitgliedern der Beerdigungs-Unterstützungskasse 17 500 Mitglieder. Der oben zitierte § 78 Biffer 1 des sächsischen Genossenschaftsgesetzes lautet:

„Die Entziehung des Rechtes der Persönlichkeit kann durch das Gericht dann erfolgen, wenn

1. eine juristische Person ihre Wirksamkeit auf gesetzwidrige Zwecke oder ohne die in § 72 Abs. 2 erforderliche Genehmigung auf öffentliche Angelegenheiten richtet.“

Das Amtsgericht geht in seiner Auflösungs begründung von einer Reihe Momenten aus. In erster Linie wird die Erweiterung der in § 4 des Statuts der Genossenschaft vorgesehenen Vereinszwecke behauptet, für welche die gemäß § 72 Absatz 2 des oben zitierten Gesetzes erforderliche ministerielle Genehmigung gefehlt haben soll.

Speziell hat das Amtsgericht die Erweiterung der Vereinszwecke darin gefunden, daß das Verbandsorgan „Bildauf“, welches von der Verbandskasse ressortirt und das mit ministerieller Genehmigung unentgeltlich den Mitgliedern des Verbandes zugestellt werden darf, sich auch an das allgemeine Publikum gewendet und Abonnements eröffnet habe. Es heißt nun bezüglich der Zeitung:

„Die Zeitung hat sich in den Dienst der Sozialdemokratie gestellt und vertritt alle von dieser verfolgten Zwecke. Das ergibt die ganze Haltung des Blattes.“

Unser Zwickauer Parteiorgan macht darauf aufmerksam, daß die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten im § 4 des ministeriell genehmigten Statuts vorgegeben ist. Das müßt Alles nicht; es wird aufgelöst und eine Organisation vernichtet, bei der Tausende von Arbeitern materiell interessiert sind. Das Bezeichnendste für die Unsicherheit der deutschen Rechte ist wohl, daß ein einzelner Richter mit einigen Federstrichen einer Organisation das Lebenslicht ausblasen kann, die neben anderen Zwecken auch dem der Unterföhrung ihrer nach Tausenden zählenden Mitglieder dient. Wozu braucht man bei solcher Rechtskommenheit eines Richters noch neuer Umsturzgesetze?

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Mit dieser Nummer der Zeitung erhalten die Zahlstellenverwaltungen je einige Exemplare des Rechenschaftsberichtes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Wir bitten die Mitglieder der Lokalverwaltung, diesen Bericht aufmerksam zu lesen und alsdann auch den übrigen Zahlstellenmitgliedern nach Möglichkeit Gelegenheit zu geben — eventuell durch Einverleibung der erhaltenen Exemplare in die Vereinsbibliothek — gleichfalls Einsicht in denselben zu nehmen. Im Uebrigen ist die Redaktion der „Holzarb. Ztg.“ von uns ersucht, den Bericht auszugeweihe auch in der Zeitung zu veröffentlichen, sodaß sämmtliche Mitglieder von seinem Inhalt Kenntniß und Stellung dazu nehmen können.

Der Vorstand.

Karl Klotz, 1. Vorsitzender.

Korrespondenzen.

(Die Schriftföhrer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Wunsch. Wir theilen hierdurch mit, daß die hiesige Junnung beschloßen hat, sämmtliche Kollegen, welche Verbandsmitglieder sind, zu maßregeln. In der am 16. d. Mts. stattgefundenen Versammlung hat Kollege Müller, welcher bei dem Tischlermeister Schmidt in Arbeit steht, folgendes vorgebracht: Mittwoch, den 13. d. Mts., hat der pp. Schmidt den Kollegen Müller gefragt, ob er den Verband meiden oder entlassen werden wolle. Nach diesen Worten las er ihm ein Zirkular des Obermeisters vor, laut welchem sämmtliche Junnungsmeister beschloßen hätten, die Verbandsmitglieder zu maßregeln. Die Junnung fürchtete, daß die Zahlstelle zu sehr anwachsen würde, deshalb wolle man rechtzeitig für die Sprengung derselben sorgen. — Wir fürchten die Herren Junnungsmeister nicht; sobald sie ihren Beschlusse wahr machen sollten, werden sie uns geröhrt finden; wir sind überzeugt, daß, wo man uns das gezielte garantierte Koalitionsrecht infolge Maßregelung preisgeben zwingen will, Keiner von uns die Fahne verlassen wird, und wir sind auch fest davon überzeugt, daß die gesammte Kollegenchaft Deutschlands hinter uns stehen wird. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen fordern wir auf, uns in unserem

bedorftenden Kampfe moralisch zu unterstützen, es ist ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß Zuzug unter allen Umständen herbeigehalten wird.

Wahlheim a. d. Ruhr. Die hiesige Zahlstelle stellt zum Verbandstage folgende Anträge: 1. Den Verbandstag nur alle 3 Jahre abzuhalten. 2. An die Delegierten anstatt M. 8 nur M. 6 Däten zu zahlen. 3. Den verheiratheten arbeitslosen Verbandsmitgliedern 50 % Unterstützung pro Tag zu gewähren. Als Kandidaten zum Verbandstage haben wir unseren Kollegen Wilh. Kirch aufgestellt. Wir bitten die Kollegen unseres Wahlbezirks, falls sie mit unserer Ansicht sich einverstanden erklären, für unseren Kandidaten zu stimmen.

Osstar. Für den nächsten Verbandstag ist unsererseits der Kollege Veim 3 aufgestellt. Wir bitten die Mitglieder der 21. Wahlabtheilung, ihre Stimme bei der Wahl auf ihn zu vereinigen.

Essen. (Situationsbericht.) Auch wir halten es für notwendig, die Verhältnisse unserer Kantonsstadt, die hauptsächlich unter aller Kanone sind, einmal zu beleuchten. Ein Zeichen der Zeit ist es jedenfalls, daß hier kürzlich zwei große öffentliche Arbeitslosenversammlungen stattfanden, dabei zeigte sich recht deutlich, wenn auch nicht in dem erlösenden Maße wie in manchen Großstädten, daß die Arbeitslosigkeit auch in unserer Industriegegend sich recht fühlbar bemerklich macht, und das in der Stadt des Arbeiter-„vaters“ Krupp, auf dessen väterlichem Boden die Worte drangen: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.“ Die sämtlichen Organisationen stehen hier durch den kolossalen Druck des Großkapitals noch auf sehr schwachen Füßen. Die Konzentration des Großkapitals sieht hier in voller Blüthe, der alleinstelligmachende Brotherr der Industriearbeiter ist Krupp, und der Bergarbeiter das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat. Die Spießer und Kunstmeister lassen den beiden Vorgesetzten Handlangerdiensten in der Brotherrschafft anzufruchtender Arbeiter, auch in der Holzbranche. Bei einem hiesigen Baugeschäft und Sägemühle wird jeder ohne Gnade entlassen, der es wagt, eine öffentliche Versammlung zu besuchen, oder sich wohl gar erdreistete, Mitglied unseres Verbandes zu werden. Ein anderer mehrjähriger Millionär und Häufelkönig von Essen verlangt von seinen Tischlern, daß sie bei Selbsthaltung des gesamten Werkzeuges (inkl. Schleifzeug) ein solches vierflügeliges Heftler M. 3 unter ortsbildlichem Abschreibpreis liefern sollen. Bei all dem großen Geiste darf auch der Klein nicht fehlen. Ein hiesiger Schreinermeister F., der sich von Bauplätzen selbst als Ausbeutungsbetrieb gebrauchen lassen muß, verlangt von seinen Schülern ein zweiflügeliges Heftler M. 3 mit Schloß und Rasterheftel (inkl. Anschläge) für sage und schreibe M. 2 Arbeitslohn anzufertigen (Ordnung M. 4). Durch die Krupp'sche Fabrik von der Stadt getrennt, liegt die Gemeinde Altdorf. Dasselbst herrschen noch traurigere Zustände wie in Essen. In einer dortigen Tischlerei bietet man den Gesellen M. 1,80, M. 2,40 und im ängstlichen Falle M. 2,80 Lohn. Diese Tischlerei ist sehr gut mit einem Leibeslohn zu vergleichen, da dort fortwährend Kollegen anjunge und anführen. Die Firma muß immer noch gute Projekte abwerfen, da sich Kruppale und ein Werkführer das Geschäft, welches jetzt neun bis zehn Gesellen beschäftigt, leiten.

Am Sonntag, den 10. d. M., tagte in unserem Vereinslokal (Nobbenberg) eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in welcher der Referent Herr J. Sittlerfeld einen sehr interessanten Vortrag hielt über: „Welcher Hand hat die gewerkschaftliche Organisation.“ Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Annahme eines Parteidelegierten erledigt. Die Wahl fiel auf den Kollegen J. Huchner. Leider fehlte es die Mehrzahl der Mitglieder nicht für notwendig, zu erscheinen, so daß die Versammlung sich in ihrer großen Mehrheit aus Jubileranten zusammensetzte. Wenn die Mitglieder sich eine denartige Arbeit zu Schulden kommen lassen, so kann man es den Jubileranten nicht verargen, wenn sie kein Interesse für die Organisation haben, da kann man mit Recht eher die organisierten Kollegen „Jubileranten“ nennen. Man sollte meinen, daß ein Theil der Kollegen mehr auf sein materielles Interesse Bedacht nimmt, als sich über die Zwecke und Ziele unseres Verbandes unterrichten zu lassen. Oder hat derselbe schon zu lang, in einer öffentlichen Versammlung noch etwas lernen zu können? Darum, Kollegen, wenn wir die Jubileranten für unsere heilige Sache gewinnen, so ist es Hauptaufgabe der Mitglieder, mit gutem Beispiel vorzugehen, selbst Hand an's Werk zu legen und so weit es in einer jeden Kräfte liegt, für unseren Verband zu agitieren, denn werden wir auch durch Recht zum Nicht gelangen.

Berlin. Die hiesige Zahlstelle hielt am 29. Januar eine Generalversammlung ab behufs Abrechnung und Berichterstattung der Verwaltung vom letzten Quartal 1894. Aus dem Rapportbericht ist folgendes zu entnehmen: 1. Hauptkasse. Einnahme mit Bestand M. 9273,03, Ausgabe M. 5606,96, bleibt Bestand M. 3666,07. 2. Schatzkasse. Einnahme mit Bestand M. 3613,30, Ausgabe M. 1678,08, bleibt Bestand M. 1935,22. 3. Unterstützungskasse. Einnahme mit Bestand M. 234,15, Ausgabe M. 156, bleibt Bestand M. 88,15. Der Vorsitzende erstattete hierauf Bericht über die Thätigkeit der Verwaltung, speziell über Straß-, Redaktions-, Unterstützungen usw. Der Zahlstelle gehörte 3. 3043 Mitglieder an, welche im letzten Quartal Beiträge entrichtet haben. Außerdem sind noch sehr viele Kollegen, welches wohl der schlechten Gewerkschaftsverhältnisse geschuldet ist. Die Beiträge, mit Ausnahme des Nordens, stehen wiederum in der Regel zu schwachen Beiträgen der Zahlstellenverhältnisse, was zu einer längeren Debatte Anlaß gab. Der Bericht der Parteikommision erstattete Kollege Grunert. Demnach fanden im letzten Quartal 73 Sitzungen mit 208 Werksitzungen und 1236 dort beschäftigten Kollegen statt. Davon erlöbten 963, von welcher 346 organisiert waren. 142 liegen sich aufnehmen. Im ganzen Jahre fanden 219 Sitzungen mit 568 Werksitzungen und 4216 dort beschäftigten Kollegen statt. Von diesen waren 341 organisiert und 251 liegen sich aufnehmen. Aus dem Bericht des Arbeitsvermittlers ist zu entnehmen, daß 397 Arbeiter eingegangen, 352 ausgesendet und 1474 Kollegen in Arbeit getreten sind. Arbeitslos machten sich 1474 Kollegen. Kollege Huchner regte an, die schlechten und guten Verhältnisse der Arbeitsvermittlungen zu untersuchen, da die Kollegen öfter nur auf einige Tage beschäftigt werden und nachher wieder hundertfach gehindert werden im Nachweil. Demnach ersuchte die Erziehung zur Verwaltung, Gemüthlich werden die Kollegen Huchner, Huchner, Sommer, Huchner, Hoff, Schöppin und Schöppin, als Verantwortlicher der Arbeitsvermittlung genannt. Hieran erfolgte die Erklärung der verantwortlichen Arbeitsvermittler und des Kollegen Huchner als Referent für Nord. Unter „Ver-

schiedenes“ hielten die drei Revisoren den Antrag, die Beitragssammler durch Generalversammlungsbeschlüsse zu verpflichten, vor dem ersten Sonnabend im Monat über die lastierten Beiträge mit dem Kassier abzurechnen, anderenfalls die Revisoren berechtigt sind, den Betreffenden das Material abzunehmen. Der Antrag wurde angenommen. Ein weiterer Antrag, die Bezahlung der Gemäßregelungen gegen die anderen Arbeitslosen im Nachweil betreffend, wurde auf Antrag Clemens' der in kurzer Zeit stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung überwiesen. Ein dritter Antrag, den arbeitslosen Verwaltungsmitgliedern 50 % pro Sitzung zu gewähren, wurde angenommen.

Dunderstadt. Am hiesigen Orte herrschen nicht gerade die rosigsten Zustände. Löhne für Tischler von M. 3—4 sind keine Seltenheit. Dabei besitzen die Herren Meister noch die Unverschämtheit, verschiedenen Gesellen anzubieten, im Winter nur für 3 zu arbeiten. Obgleich es auch humanere Meister giebt, welche einen besseren Lohn, M. 8—9, zahlen, so ist doch die Zahl der Ersteren vorwiegend. Um solchen Uebelständen abzuwehren, ließen wir kein Mittel unberührt, auch am hiesigen Orte eine Zahlstelle in's Leben zu rufen. Obgleich es auf dem Gesichtsfeld mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, weil viele Kollegen sich nur für Gesellenvereine und ähnliche Verbundungsanstalten interessieren, gelang es uns doch, in der am 3. Februar einberufenen öffentlichen Versammlung eine Zahlstelle zu gründen. Kollege Brinmann aus Cassel schilderte in einem einflüchtigen gebieneren Vortrage den Nutzen und die Nothwendigkeit der Organisation und wurde hierauf eine diesbezügliche Resolution einstimmig angenommen. Zum Beitritt meldeten sich sofort 16 Kollegen. In der nächstfolgenden Mitgliederversammlung wurde die Wahl der Lokalverwaltung vollzogen. Im Laufe derselben Woche hatten sich weitere 4 Kollegen zur Aufnahme gemeldet, so daß unsere Mitgliederzahl 20 beträgt. Gewiß schon eine stattliche Zahl für eine junge Zahlstelle, aber immerhin bietet sich uns noch ein großes Arbeitsfeld, da hier und in der Umgegend noch viele Holzarbeiter beschäftigt sind. Kollegen, es ist nun an uns, das angefangene Werk weiter zu führen und durch tüchtiges Agitieren und regen Besuch der Versammlungen dahin zu wirken, daß die indifferenten Kollegen herangezogen werden; denn nur vereint sind wir Alles, einzeln Nichts!

Gardelegen. Es ist schon eine geraume Zeit her, seit unsere Zahlstelle gegründet wurde; der Besuch unserer Versammlungen läßt zu wünschen übrig. In der letzten Versammlung wurden verschiedene Mißstände hiesiger Werkstätten erörtert. Es zeichnet sich namentlich die Zabel'sche Werkstätte aus. Die Akkordpreise sind in derselben so gestellt, daß die Kollegen bei einer Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 1/8 Uhr kaum M. 4—5 verdienen können. Obgleich die Kollegen alle dem Verbandsangehörigen, ist es uns bis jetzt noch nicht möglich gewesen, eine Besserung zu bewerkstelligen. Herr Zabel scheint sich auch, Verbandsmitglieder einzustellen, und hat er sich schon mehrfach nicht gerade lebenswürdig über unseren Verband ausgesprochen. Die Mißstände aller Werkstätten anzuführen, ist uns nicht möglich, denn Lohnabscherei und Anspornung zur Akkordarbeit ist in allen Werkstätten an der Tagesordnung. Die verheiratheten Kollegen reizen uns hier nicht nur fern, sondern auch noch feindselig gegenüber, trotzdem viele von ihnen nur M. 10 die Woche verdienen. Seit unsere Zahlstelle besteht, haben wir schon das dritte Lokal bezogen, allemal ist es der Behörde gelungen, uns zu vertreiben. Wir haben uns zuletzt veranlaßt, trotz aller Schwierigkeiten eine Privatwohnung zu mieten, in der wir unsere Versammlungen jetzt abhalten und noch immer versucht es die Behörde, uns Steine in den Weg zu legen, sie beschließt sogar, nach Schluß der Versammlung das Lokal zu räumen. Auch sollen wir einen von der Zahlstelle arrangierten Leibeslohn polizeilich anmelden. (Weißes haben Sie nicht nöthig und rathen wir, wenn es Ihnen beliebt, nach der Versammlung sich noch in Gemüthlichkeit zu unterhalten, und wenn die Polizei Sie daran hindert, Beschwerden dagegen zu erheben. D. Red.) Wir fordern alle Kollegen auf, unsere Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und zu agitieren, daß auch die uns fernstehenden Kollegen dem Verbands beitreten; denn nur wenn wir einig sind, können wir die Mißstände beseitigen und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen.

Leer. Am 3. Februar fand hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt mit der Tagesordnung: „Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.“ Kollege Kahl aus Bremen vergleicht die wirtschaftlichen Verhältnisse mit einer Wasserfläche. Während man die früheren Verhältnisse mit einem ruhigen Gewässer vergleichen könne, gleichen die heutigen einer unruhigen, wogenden See. Wer auf dieser jahren will, muß vor allen Dingen ein gutes Fahrzeug haben. Da der Kapitalist den Arbeiter immer mehr herunterzubringen sucht, so ist es nöthig, daß sich die Arbeiter organisieren, um sich vor Ausbeutung zu schützen. Denn wir selbst können uns nur helfen, von anderen Parteien haben wir nichts zu hoffen; dieselben predigen nur Patriotismus, der allerdings aufhört, wenn es an den Geldbeutel geht. Für die Arbeiter sorgen sie nur in der Hinsicht, daß diese bei neu angelegten Steuern den größten Theil zu tragen haben. Dazu behaupten sie, wir wären Feinde der Religion und Ehe, aber daß gerade sie es sind, welche die Ehe zerstören, wollen sie nicht glauben. Redner greift dann zurück in frühere Zeiten, wo die handwerksmäßige Produktion noch vorherrschend war, jetzt aber von der Maschine verdrängt wird, wie jährlich tausende redliche Arbeiter der Referentarmee entwerbelt und auf die Landstraße geworfen werden. Auch diese Mißstände können nur von einer kräftigen Organisation beseitigt werden. Dann fordert Redner die Anwesenden auf, sich auch tags an der politischen Organisation zu betheiligen, da beide Organisationen im Kampfe für wirtschaftliche und politische Freiheit unbedingt nöthig sind. Dann wurde folgende Resolution angenommen: „Die Anwesenden haben aus den Ausführungen des Referenten die Nothwendigkeit der Organisation erkannt und versprochen, nach besten Kräften für den Ausbau der bestehenden Verbände einzutreten, und was auch sonst noch kommen möge, treu auszuführen.“ Dann forderte der Einberufer die Anwesenden auf, für die Verbreitung der „Nord. Wacht“ Sorge zu tragen.

Ohlig. In unserer letzten Mitgliederversammlung, welche leider schwach besucht war, was auch von verschiedenen Kollegen schon gesagt wurde, wurde auch der diesjährige Verbandstag, respektive Anträge zu demselben, besprochen. Hauptächlich wurde Klage geführt, daß die kleinen Zahlstellen und einzelndürftigen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt wurden, was auch in diesem Jahre, trotz des neuen Wahlmodus, wieder der Fall sei. Es wurde betont, daß hierdurch die Verbandstage nur keinen richtigen Einblick in die Verhältnisse der kleinen Werkstätten erhalten könnten, indem zum Beispiel das Koh- und

Logistwesen beim Meister, die Lohnzahlung, Arbeitszeit und die Form des Kleinbetriebes ganz andere wie in den Großstädten sind, was man ja hier am Orte so recht spüren kann, worauf wir später näher eingehen werden. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, mit den kleineren Zahlstellen in Verbindung zu treten betreffs Eintretens für unseren Kandidaten, Kollegen Karl Reuber, zum diesjährigen Verbandstage.

Ebenkoben. Wohl nicht viele Zahlstellen dürften in unserem Verbandsverbande sich befinden, in denen die Interesslosigkeit für die Organisation, sowie für Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse so groß ist wie am hiesigen Orte. Viel Schuld an den miserablen Zuständen ist den inneren Gemüthlichen und Ränken einzelner Mitglieder zuzuschreiben, die es so arg trieben, daß wir uns genöthigt sahen, die Zahlstelle aufzulösen, um diese Kreaturen los zu werden. Natürlich wurde dieselbe wieder neu gegründet. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind hier die denkbar traurigsten. Die Akkordpreise sind so niedrige, daß an ein menschenwürdiges Leben nicht gedacht werden kann. Der Lohn für vierzehn Tage übersteigt mit wenigen Ausnahmen nicht M. 30—34, in vielen Fällen beträgt er bedeutend weniger, deshalb ist es auch nicht möglich, daß sich die fremden Kollegen lange halten können und bald wieder abreißen, und dies ist der Grund, daß hier kein Zug in die Bewegung kommt. Angesichts dieser traurigen Lage hielten es die Kollegen der Mitgliedschaft für gerathen, am Sonntag, den 19. Januar, eine Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, in welcher Kollege Münster von hier einen Vortrag über Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaften hielt. Die Versammlung war aber leider sehr schlecht besucht, vorwiegend Arbeiter anderer Gewerbe. Trotz des guten Vortrages und trotz der Aufforderung des Vorsitzenden ließ sich nur ein Kollege aufnehmen!! Daß allerhand Ausflüchte gemacht werden, wenn man die Kollegen zum Anschluß an die Organisation auffordert, ist ja allgemein bekannt, ebenso bekannt ist es, daß gerade solche Kantonsisten den Bergnützlichungs-, Militär-, evangelischen und katholischen Arbeitervereinen angehören. Die Reduzierung der Akkordpreise ist gegenwärtig an der Tagesordnung, aber das genirt die Kollegen sehr wenig, sie schämen immer toller, um den bisherigen Lohn zu verdienen, selten aber gehen ihre Erwartungen in Erfüllung. Kollegen! Tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch der Organisation an, laßt uns gemeinsam die hiesigen Mißstände besprechen und gemeinschaftlich deren Beseitigung fordern. Nur wenn wir einig sind, werden wir eine bessere Existenz erringen und auch das stark vertretene, jeder sittlichen Moral entgegenarbeitende Schmarotcherthum beseitigen können, nicht aber vermag eine kleine Zahl gegen die Reduzierung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit anzukämpfen. Also, Kollegen, wollt Ihr endlich eine Verbesserung unserer mißlichen Lage mit anstreben helfen? Wir reichen Euch die Hand; besucht unsere Versammlungen, helft mit rathen und thaten, daß das altbewährte Sprichwort: „Einigkeit macht stark!“ auch bei uns zur Wahrheit werde.

Salberstadt. Die am letzten Donnerstag stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit Anträgen zum Verbandstage. Einer, über den besonders rege debattirt wurde, lautet: Der Verbandstag wolle beschließen, daß in Zukunft nicht der Verbandsvorstand mehr die Wahlabtheilungen einzutheilen hat, vielmehr soll hinfür jede Provinz Wahlabtheilung sein und der Anzahl der Mitglieder entsprechend Delegirte zu wählen haben. Die Zahl der Mitglieder festzustellen, ist Sache des Vorstandes. Die Begründung des Antrages fand allgemeine Zustimmung. Durch die Annahme würden die seit Jahren erhobenen Klagen, daß es den kleinen Zahlstellen unmöglich sei, sich auf dem Verbandstage vertreten zu lassen, aufhören. Für das Unpraktische der jetzigen Einteilung wird die 22. und 44. Wahlabtheilung angeführt. Da habe z. B. Braunschw. mehr Mitglieder wie die übrigen Orte zusammen genommen, und wenn z. B. Nürnberg es thun wolle, würde München unvertreten sein. Es wird ferner angeführt, daß, wo in jeder Provinz Agitationskommissionen bestehen und von Zeit zu Zeit Konferenzen abhalten, es ein Leichtes wäre, sich mit den einzelnen Orten in dieser Frage und über die Personen, welche die in der Provinz liegenden Orte zu vertreten haben, zu verständigen. Ob nun gerade die Agitationskommissionen die Wahl zu leiten haben oder ob eine andere Körperschaft bestimmt wird, überlassen wir dem Verbandstage. Wenn derselbe unseren Antrag annimmt, ist den Wünschen der kleinen Zahlstellen Rechnung getragen, und alle Klagen über ungerechte Wahltheilung werden aufhören. (?? D. R.)

Neu-Mapping. Am 3. Februar sprach Kollege Eckardt aus Brandenburg über die Macht des Kapitals und die Macht der Organisation. In einem 1/4-stündigen Vortrag erläuterte der Referent die Entwicklung des Handwerks von seinen Anfangszeiten bis zur maschinellen Produktionsweise. Um der heutigen kapitalistischen Ausbeutung entgegen zu treten, sei eine starke Organisation notwendig. Redner forderte die Anwesenden auf, sich einer Organisation anzuschließen, denn nur durch diese sei es möglich, bessere Lebensbedingungen zu erzielen.

Berichtigung.

In der Korrespondenz Blomberg in Nr. 7 soll es heißen: Der 31. Wahlbezirk war auf der Konferenz in Herford (nicht Minden) am 30. Dezember durch vier Zahlstellen vertreten. Die Redaktion.

Bericht über die Konferenz des Agitationsbezirktes der Holzarbeiter Rheinlands und Westfalens.

Laut einem Beschlusse der vorjährigen Konferenz in Oberfeld sollte eine solche innerhalb eines Jahres wiederum abgehalten werden und fand dieselbe denn auch am 10. Februar in Barmen statt. Anwesend waren 26 Delegirte, darunter 9 ohne Mandate, doch wurden dieselben, da sie als zuverlässige Kollegen bekannt waren, als gleichberechtigte Delegirte anerkannt. In's Bureau wurden die Kollegen Weber, Geisert, Kempe und Lorenz gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Berichterstattung über die Thätigkeit der Agitationskommission. 2. Berichterstattung der Delegirten. 3. Anträge und Beschlußfassung. 4. Bericht über die Stellungnahme zum Verbandstag und Meister.

Den Bericht zu Punkt 1 erstattete Barmmeister, als Vorsitzender der Kommission in Oberfeld. Er betonte, daß sich nur 20 Zahlstellen den Beschlüssen der vorjährigen Konferenz gefügt hätten. Diese Theilnahmslosigkeit sei keine erfreuliche, sie bewirke auch, daß diejenigen Zahlstellen, welche sich dem Agitationscomité unterstellten, wesentlich darunter zu leiden hätten. Eine wirksame Thätigkeit hänge von den vorhandenen Mitteln ab, was aber von den meisten Zahlstellen nicht beachtet worden sei.

Zur Diskussion übergehend, erklärt der Darmstädter Delegierte, es nur billigen zu können, daß die Bielefelder Zahlstelle die Agitation für das östliche Westfalen und Lippe übernommen habe, dafür verdiene sie die vollste Anerkennung, nicht aber einen Tadel. Mehrere Delegierte glauben, daß die Kosten für ein herausgegebenes Flugblatt besser zur mündlichen Agitation hätten verwendet werden sollen. Die Ausgaben desselben ständen zu dem Erfolge in keinem Verhältnis. Bürgermeister hebt hervor, daß die mündliche Agitation in den ländlichen Bezirken nicht überschätzt werden dürfe, wenn auch wirklich hier und da ein Erfolg erzielt werde, so läme doch in Betracht, daß in sehr vielen Orten gar keine Lokale zu haben wären, um Versammlungen abhalten zu können und da müßten die Flugblätter als Ersatz dienen. Bezüglich der Abrechnung des Agitationscomitès wird zur Prüfung derselben eine Kommission eingesetzt. Dieselbe erklärt, daß die Abrechnung in Ordnung sei. Mehrere Delegierte beschwerten sich, daß die Agitationskommission bezüglich ihrer Korrespondenzführung und auch im Zufinden von Referenten nach entfernteren Zahlstellen lässig gewesen sei. Bürgermeister erklärt, daß ein großer Theil der Schuld die Zahlstellen selbst treffe, wenn Störungen im Korrespondenzverkehr eintreten. Wenn nicht allen Wünschen bezüglich Referenten hätte genügt werden können, so lag das an den finanziellen Verhältnissen. Hierauf wurde dem Agitationscomitè Decharge erteilt.

Bei Punkt 2 entwickelte sich eine rege Debatte. Die Berichte der einzelnen Delegierten bezogen sich meistens auf örtliche Schilderungen, die zum Theil recht trübe Bilder entrollten. Alle Klagen über den Indifferentismus der Kollegen, und alle Forderungen in der Organisation und Agitation das Mittel, um diesen zu beseitigen. Scharf getadelt wurde von Bürgermeister, daß die Unnaer Zahlstelle am heutigen Tage einen sogenannten „Kreistag“ einberufen hätte, wodurch die daran beihelligten Kollegen ihrer Wirksamkeit auf der Konferenz entzogen seien.

Zu Punkt 3 lagen vier Anträge auf Trennung des Agitationsbezirks vor, die aber mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurden. Ein Antrag auf Erhöhung des Beitrages an die Kommission von 5 auf 10 % wurde mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen. Beschlossen wird mit 18 gegen 8 Stimmen, die Zahlstellen sind verpflichtet, dem Agitationscomitè alljährlich zu Ende des Jahres einen Bericht über den Mitgliederstand, ebenso über Versammlungen und den örtlichen Geschäftsgang zu geben. Mühlheim hatte halbjährliche Einsendung eines Situationsberichts beantragt.

Ferner wurde angenommen, alljährlich einen Generalbericht über die gesammten Ortsverhältnisse in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Mit der Abfassung ist das Comitè beauftragt.

Ein Antrag, daß das Agitationscomitè jeder Zahlstelle im Jahre 2 Referenten zuzustellen habe, wird abgelehnt, angenommen wird mit 18 gegen 5 Stimmen, in nächster Zeit eine Agitationsstour durch Westfalen zu unternehmen. Der Sitz der Kommission bleibt in Elberfeld; ist einstimmiger Beschluß.

Zu Punkt 4, Stellungnahme zum Verbandstag in Erfurt, lag ein Antrag vor, von den Einnahmen der zukünftigen Rechnungsabläufe sind den Zahlstellen 40 pSt. zu überweisen. Zur Begründung wurde angeführt, daß durch die Errichtung von Agitationsbezirken und deren Comitès über ganz Deutschland die Hauptkassen und deren Leitung in den Ausgaben entlastet wird. Ferner, daß von den beantragten 40 pSt. der Einnahmen jede Lokalverwaltung 5 pSt. dem Agitationscomitè des betreffenden Bezirks zu überweisen hat, um mit reichlichen materiellen Mitteln die Ausübung der Thätigkeit seitens des Comitès fördern zu helfen.

Bürgermeister bezweifelt, daß der Antrag auf dem Verbandstage Annahme finden würde. Die Abstimmung ergab Ab- lehnung mit 11 gegen 4 Stimmen. Von mehreren Delegierten wird angeregt, ob es nicht zweckmäßig sei, dem Verbandstage einen Antrag auf Einführung von Arbeitslosenunterstützung zu unterbreiten.

Die Delegierten für Düsseldorf und Duisburg werden sich in längeren Ausführungen dagegen. Der Erfurter Delegierte meint, man solle die Frage nicht ohne Weiteres von der Hand weisen. Beim Verbandstage einen dahingehenden Antrag zu stellen, wird hierauf abgelehnt.

Der Mühlheimer Delegierte wünscht, daß der „Holzarbeiter-Zeitung“ von den Verhandlungen der Konferenz ein ausführlicher Bericht zugesandt werde; die Schriftführer sichern dieses zu.

Ein Antrag, Verlegung der Konferenzen auf zwei aufeinanderfolgende Feiertage, wird durch die Annahme eines anderen, der die Berichterstattung der Delegierten in Begleit bringen will, um diese Zeit für die internen Angelegenheiten zu verwenden, wodurch es möglich sein würde, die Geschäfte in einem Tage abzuwickeln, erledigt.

Die Bestimmung des nächsten Konferenzortes wird abgelehnt, vielmehr wird der Ort und die Zeit der Einberufung dem Comitè festzusetzen überlassen. Vorgeschriftener Zeit halber konnte über die Kaiserfeier nicht mehr debattiert werden.

Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Holzarbeiterverband wurde die Konferenz Abends 8 1/4 Uhr geschlossen.

*) Die Schriftführer haben einen so ausführlichen Bericht eingekandt, daß wir uns genöthigt sahen, ihn um zwei Drittel zu kürzen. D. Red.

Gingekandt.

Die Erhöhung der Beiträge.

Bezugnehmend auf das Eingekandt des Kollegen Schred-Bielefeld in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sehe ich mich veranlaßt, auch mal den entgegengelegten Standpunkt darzulegen. Wir müssen höhere Beiträge zahlen, um gute Kriegskasse zu haben, denn die Kassen sind erschöpft und zum erfolgreichen Kampf gehört Geld, Geld und abermals Geld. t Kollege Schred. Sehr gut! Der Arbeiter bezahlt, wenn auch ... Kurzen, die hohen Abgaben für Staat und Gemeinde; aber für die Verbesserung seiner traurigen wirtschaftlichen Lage hat er kein Geld über. Ja, wenn der Arbeiter an Staat und Gemeinde nicht seine Abgaben entrichtet, dann kommt der Erfinder und plündert ihm die letzte Habe. Nur unter Nummer und Entbehren vermag er noch diese Abgaben zu erschwingen und die Großen, die er für die Organisation anzogibt, muß er sich nur zu oft vom Kinde abdraben.

Wahrlich, die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht darnach angethan, die Beitragserhöhungstranche noch fester

anzubringen, obgleich auch ich und mit mir wohl Alle gern sehen würden, wenn wir im Bewußtsein unserer Stärke jederzeit zum Kampf um eine bessere Existenz bereit sein könnten.

Neun Zehntel der deutschen Holzarbeiter stehen uns indifferent gegenüber. Suchen wir erst durch gemeinsame Arbeit diese Massen in die Organisation zu bringen, dann werden sich auch unsere Kassen füllen; aber das weiß ja Kollege Schred wohl. — Das sind die Reden der Wortführer der niedrigen Beiträge. — Ich aber sage, die bestgefüllte Kasse kann nicht zum Siege führen, wenn nicht die indifferente Masse zuerst gewonnen ist; und diejenigen, die uns bei 15 % Beitrag fernbleiben, werden uns bei höheren Beiträgen erst recht fernbleiben.

Wir gründen Agitationscomitès und bezahlen unsere Beiträge dazu, um planmäßiger agitieren zu können; und da kommt man denn mit hohen Beitragsforderungen, um uns die Agitation gewaltig zu erschweren, resp. ganz unmöglich zu machen. Wo ist denn da die Konsequenz?

Die Statistiken der Wandererpflegungsstationen und die Arbeitslosenstatistik sprechen eine deutliche Sprache, wie wenig der Arbeiter im Stande ist, hohe Beiträge zu zahlen. Eine gewaltige Zahl kann kaum 15 % pro Woche bezahlen und diese würde man durch die hohen Beiträge aus dem Verbannde ausstoßen. Eine große Anzahl noch nicht fest überzeugter Mitglieder würden uns bei Erhöhung der Beiträge den Rücken kehren, die aber jetzt noch zu recht tüchtigen Mitgliedern herangebildet werden könnten.

Eine große Anzahl Mitglieder mußte bei der letzten Abrechnung die Zahlstelle Altona wegen restirender Beiträge ausschließen. Ich glaube, nicht alle diese Restanten waren faule Mitglieder. Ein sehr großer Theil vermochte aus Noth die Beiträge nicht mehr zu entrichten. Auch diese würden wir dauernd von uns stoßen. Die Elite der Arbeiter würde dem Verbannde verbleiben, während dem allergrößten Theil durch die hohen Beiträge ein Knüttel zwischen die Beine geworfen würde; und die Wortführer der hohen Beiträge erreichen das Gegentheil von dem, was sie erreichen wollen.

Der Hinweis auf die hohen Beiträge zu den Krankenkassen ist nicht stichhaltig. Wir wollen keine Versicherungsanstalt, welche die Geschäfte des Staates besorgen. Darum fort mit den hohen Beiträgen! Der Kampforganisation aber die Masse der Arbeiter zugeführt, und auch die Kasse wird erstarken.

So sage ich denn mit Kollegen Schred: Für unseren Verband wollen wir Alle das Beste. Im Prinzip sind wir einig, in der Taktik gehen wir auseinander.

D i o m b e r g, den 16. Februar 1895.
Johannes Drumm.

Verband deutscher Korbmacher.

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Reiseunterstützung in Weuthen a. d. Oder ansbezahlt wird beim Kollegen Strippel, pr. Abt. Klose, in Nittritz, Kr. Grünberg (Schlesien), beim Kollegen Adolf Priefer. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Nittritz i. Schl. Am 3. Februar fand hierorts eine öffentliche Korbmacherversammlung statt, in der Kollege Leichert-Viegnitz über Zweck und Nutzen der Organisation referirte. Redner legte eingehend den Werth und die Nothwendigkeit der Vereinigung dar; nur durch vereinigtes Vorgehen wäre es möglich, unsere so erbärmlichen Löhne etwas zu verbessern. Auf das Mittelalter zurückgreifend, kam Redner auf die Zeiten der Zunft zu sprechen und meinte, daß diese unter den damaligen Verhältnissen wohl ihre Berechtigung gehabt, daß aber, nachdem die fleißigere Produktion einer vollkommeneren Platz gemacht, auch die Zünfte ihre Bedeutung verloren hätten. Nur die heutige Organisation, wo der Mensch zum Denken angeregt werden soll, um alsdann mit seinen Kollegen Schulter an Schulter zu kämpfen, könnte uns bessere Lebens- und Existenzbedingungen bringen; des Ferneren freiste er die Gefängniß- und Zuchtanstalten und erklärte, daß, wenn dieselbe auch nicht ganz abgeschafft werden könnte zur Zeit, so sie sich doch auf ihren eigenen Bedarf beschränken müsse. Alle diese Uebelstände und die daraus resultirenden schlechten Löhne müßten den Korbmachern zu erkennen geben, daß es Zeit sei, sich aufzuraffen und in sich zu gehen, sich nicht weiter ihrer geistigen Trägheit zu überlassen, sondern einig zu sein, denn nur dieses kann uns zum Siege führen. Dem Verbannde deutscher Korbmacher beizutreten, sei deshalb die Pflicht aller Kollegen. Nachdem Redner mit einem Hoch auf den Verband gedeutet und sich Niemand weiter zum Wort meldete, wurde die Gründung einer Zahlstelle beschlossen, in die sich acht Mitglieder aufnehmen ließen. In den Vorstand wurden gewählt: Brifer als erster Bevollmächtigter, Viegnitz als Kassierer und Schöppe als Schriftführer. Somit ist hier der lange gehegte Wunsch in Erfüllung gegangen. Mögen die Kollegen sich der gestellten Aufgabe mit Ernst und freudigem Eifer hingeben, zu wirken und zu streben für eine bessere Existenz, für den Verband deutscher Korbmacher. — So sollte auch auf Anregung einiger Kollegen aus Nittritz in Ketzsch eine Versammlung stattfinden. Kein einziger Kollege war aber anwesend. Auch der Besuch des Kollegen Leichert in den Weuthäuten war fruchtlos. Interesslosigkeit und wohl auch Furcht vor den Reichthümern sind es, die die Kollegen in ihrer traurigen Lage weiter verharren lassen. — In Weuthen war es nicht möglich, ein Lokal zu einer Versammlung zu erhalten. Man mußte sich mit einer Privatunterredung begnügen. Aht Ranz erklärten sich bereit, dem Verbannde beizutreten, von demen Kollege Stiffel vor der Hand das Amt des Vorsitzenden übernahm. Somit ist auch hier der Grundstein zur Vereinigung gelegt und werden die Kollegen es sich angelegen sein lassen, auch die noch fernstehenden für unsere Bestrebungen zu interessieren und sie dem Verbannde zuzuführen. Kollege Stiffel ist gerne bereit, über jede Frage im Interesse des Verbandes Aufklärung zu geben und Aufnahme von Mitgliedern zu vollziehen.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

In der Noth kriecht der Fensel Fliegen, sagt ein altes Sprichwort; ob dies bei dem Schreiber des nachfolgenden Briefes auch zutrifft, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß er einer Organisation nicht angehören kann, denn zu einem

johs jämmerlichen Gewinzel um „Gnade und Arbeit“ wird sich ein organisirter und dazu „a l l e i n stehender“ Kollege niemals erniedrigen. Den Ortsnamen und Namen nebst Adresse des Schreibers lassen wir weg, um dem „bedauernswerthen“ Kollegen bei seiner Suche auf Arbeit nicht hindernd in den Weg zu treten. Hoffentlich ermannt er sich, wenn ihm diese Zeiten zu Gesicht kommen sollten, seiner Berufsorganisation beizutreten, die ihn lehrt, daß nur durch Energie und Thätigkeit, Aufklärung und Berechtigung die gewiß traurige Lage der Tischler gebessert werden kann, durch eine solche jämmerliche Handlungsweise, wie er sie ausgeführt, sich selbst und seinen Mitarbeitern aber der größte Nachtheil bereitet wird.

H 20. Dezember 1894.

Hochachtungsvoll

Gehertter Herr Meier, da ich heute am Freitag bei Ihnen war, und um Arbeit nachgefragt habe, so möchte ich Ihnen doch um ein gutes Wort bitten. Denn ich möchte Ihnen bitten wenn Sie irgend noch jemanden brauchen können, dann nehmen Sie mich doch. Denn mein Vater ist gestorben, da war ich 3 Jahre und meine Großeltern da war ich 9 Jahre nun habe ich hier einen Belegvater da kann ich doch nicht bei sein Also sehe ich ganz Allein in der Welt und muß so sehen, das ich mich durchschlage. Ich will Ihnen Ihre Mühe wieder vergelten. Seien Sie erst vielmalig bedankt. Ich kann auch bei Ihnen in die Kost gehen. Morgen fängt der dritte schon an. Ich möchte Ihnen daher bitten, wenn Sies irgend möglich machen können, das Sie mir doch einsteilen. In der Hoffnung, das Sie meine Große Bitte mir gewähren Sage ich Ihnen meinen besten Dank.

Hochachtungsvoll

Nemen Sies mir aber nicht viel Uebel das ich so brech bin und Ihnen schreibe. Ich werde Ihnen dann mahi alles genau sagen, denn wenn ich keine Stelle bekomme so muß ich andre Arbeit annehmen. Bitte Seien Sie doch so freundlich.

An J Tischler

H 2.

Bitte Entschuldigen Sie und nehmen Sie mir Dies nicht für Uebel Bitte Seien Sie doch So und geben Sie mir doch gleich Antwort. Hochachtungsvoll

Da ich nun so allein dastehe, möchte ich Ihnen um Gnade bitten. Ich empfeie mir Ihnen.

Die Sperre, welche über die Dietrich'sche Werkstatt in U b e n verhängt war, ist a u f g e h o b e n, da sämtliche Forderungen bewilligt sind.

Achtung, Drechsler! In der Dampfbrecherei von F. Rumohr, Braumbeth in Holstein, haben die Kollegen am 15. Februar die Arbeit niedergelegt wegen unpünktlicher Lohnbezahlung, schlechtem Logis und schlechter Behandlung. Sollten reisende Kollegen hierorts kommen, so ersuchen wir sie, das Umschauen zu unterlassen, oder sich erst beim Vertrauensmann über die Verhältnisse der betreffenden Werkstätte zu erkundigen.

Wegen Maßregelung mehrerer Drechsler war über die Werkstat von Hugo Rothner & Co. in Schweidnitz die Sperre verhängt; dieselbe ist aber wieder aufgehoben, da die Maßregelungen zurückgenommen wurden.

Zschoe. Der Streit in der Westphälischen Möbelfabrik, der 16 Wochen währte, ist beendet; jedoch bleibt die Sperre noch bestehen. Zugang ist deshalb noch fernzuhalten.

Achtung, Tischler! Sämtliche Kollegen der Möbelfabrik von Haack & Hefeling in Amsterdam stellen die Arbeit ein. Zugang ist fernzuhalten.

Die Züricher Schreiner beschloßen, trotz des erfolglosen Kampfes vom letzten Frühjahr, auch in diesem Jahre wieder die gleichen Forderungen zu stellen. In einer von 350 Schreineren beschriebenen Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Wir erklären an den Forderungen des letzten Jahres festhalten zu wollen und beauftragen den Gewerkschaftsvorstand, die einleitenden Schritte zur Durchführung derselben zu unternehmen.“

Technisches.

Reinigung der Luft von Staubtheilen. Dazu eignet sich ein Apparat, der von Dr. Ahrens und A. Lamb in Würzburg konstruirt ist und in welchem die Luft dadurch gereinigt wird, daß man sie an Flächen vorbeistreichen läßt, die mit rauhem Flanellstoff bekleidet und angefeuchtet sind. Das erwähnte Verfahren, Luft an feuchten Flächen zu reinigen, ist zwar nicht neu, aber die bisherigen Versuche mit ähnlichen Apparaten lieferten kein dauernd befriedigendes Resultat, zumieist deswegen, weil die staubbelegten Stoffe in kurzer Zeit verfilzen, ein Uebelstand, welchem bei dem neuen Apparate vorgebeugt ist.

Polzbrönze. Das Holz wird mit verdünnter Wasserglaslösung bestrichen und unmittelbar darauf räubt man das zarte, in einem Gefäß mit feiner Deffnung befindliche Brönzepulver darauf, hiernach entfernt man den Ueberfluß des Pulvers durch schwaches Klopfen. Das Brönzepulver haftet so fest, daß man den Gegenstand sogar polieren kann.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Deutschesstr. 2).

Die Nr. 7 vom 14. Februar hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Ein Kontrast. — Die Konstituierung der Agrarcommission. — Der Sozialistenkongreß in Parma. — Zur Lage der Vorzeelan- und Glasarbeiter in Böhmen. — Der Sozialismus eines Kirchensgläubigen. — Vermischtes. — Wie man uns behandelt. — Parteinaachrichten.

Aus dem Reichstage. — Volkswirtschaftliche Bedeutung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats. — Die Kinderarbeit in der deutschen Großindustrie. — Gewerkschaftliches. — Todestliste. — Quittung.

„Sozialpolitisches Zentralblatt.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Carl Heymann's Verlag, Berlin W, Kauerstr. 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter.

ämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 Pf. Erschienen ist Nr. 20, 4. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Metz Verlag) ist soeben das 20. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zur Genesis der Umsturzvorlage. — Natürliche Auslese und Klassenheilung. Von Dr. M. Blaschke. — Der dritte Band des „Kapital“. Von Ed. Bernstein. VII. — Literarische Rundschau. — Notizen: Aus den Ergebnissen der sächsischen Armenstatistik. — Genelleton: Herrn Casimir Perier's Präsidentenschaft. Szenen aus dem parlamentarischen Komödienlustspiel. Von Paul Lafargue.

Heft 23 des Volks-Lexikon, Herausgegeben von Emanuel Wurm; Verlag von B. G. B. & Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen. Mit diesem Heft ist der 1. Band des Volks-Lexikon komplett. Das Nachschlagen ist durch Beigabe eines Register, welches circa 15 000 Stichworte enthält, außerordentlich erleichtert und bequem arrangiert. Der Band 1 des Volks-Lexikon kostet komplett gebunden in Originaldecke (Halbtanz) M. 6, (Leinen) M. 5,40. Die

Einbanddecken liefert der Verlag zu M. 1,10 und 50 Pf. Wir können allen Genossen und insbesondere auch den Vereinsbibliotheken die Anschaffung des Wertes auf das Wärmste empfehlen. Alle Buchhandlungen, Kolporteurs z. nehmen Bestellungen entgegen. Heft 24 (1. Heft des 2. Bandes) erschien ausgestattet mit vielen Illustrationen, am 15. Februar.

Briefkasten.

* Billardkugeln liefert W. Schuß in Düsseldorf. * Wer nennt uns die genaue Adresse von Peter Fuchs, Schmiedewerke bei Coblenz a. Rh.? Mehrere Briefe, dahin adressiert, kommen immer zurück. Stuttgart, W. Der erste Streik in Mainz begann im Frühjahr 1890 und wurde nach kurzer Zeit eine fünfprozentige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit erkungen. Am 2. Januar 1891 wurden gegen 200 Schreiner ausgesperrt und gab der Kongress in Hannover seine Zustimmung, daß die Mainzer Kollegen in einen Abwehrstreik eintreten sollten. Neuwied, E. A. 1. Stuhlfabrik in Celle und Kollege Carl Claus in Rabenau Nr. 16. 2. Rein. Friedns. Wir haben vor acht Tagen keinen Brief erhalten.

Sauterberg, F. Weil zum Theil erledigt, aber wollen Sie, daß dasselbe zweimal gelesen wird. Bezüglich der Sonntagsarbeit und des Eruchsystems werden wir in nächster Nummer einen kurzen Auszug bringen, wenn Sie es wünschen. Soeff, F. Rein. Die Hobelbank in der Werkstat, an welcher Sie arbeiten, wird wohl für einen öffentlichen Platz nicht erklärt werden können. Wenn Sie aber Lust haben, wieder mal Räpchen zu malen, dann lassen Sie dieselben nicht liegen. Lehe, D. G. Für Deine Mittheilung besten Dank. Gätte es auch ohne diese nicht gethan. Gruß. Attil, M. B. Nach § 28 des Krankenversicherungsgesetzes steht Ihnen in dem Falle die Unterstützung zu, wenn Sie mindestens 3 Wochen hintereinander, also bis zum Austritt aus der Kasse, die festgesetzten Beiträge zahlten und vor Ablauf von 3 Wochen nach dem Austritt aus der Kasse erkrankten. In Ihrem Falle muß also die Krankenkasse die Kosten zahlen. (Auf Hilfskassen findet diese Bestimmung keine Anwendung.) Darmstadt, A. W. Nein, das muß innerhalb 4 Wochen nach der Zustellung geschehen. Man kann aber, wenn sich die Erwerbsfähigkeit des Rentenempfängers vermindert hat, von Neuem eine Erhöhung der Rente beantragen.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.) Altona. Am Dienstag, d. 26. Febr. 1895, Abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Göler, Norderstraße 37. Tagesordnung: 1. Geschäftlicher Vortrag. 2. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 3. Fragelasten und Verschiedenes. Um zahlreichem Besuch ersucht Die Lokalverwaltung. Braunschweig. Am Sonnabend, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Wendenstr. 45. Charlottenburg. Montag, den 25. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Niemannstr. 74. Karlsruhe. Am Samstag, den 2. März, Abends 7 1/2 Uhr, bei Kalbach. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. 2. Beratung des Statuts und Anträge zum Verbandstag. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Mitgliederliste verlesen wird behufs genauer Feststellung des Mitgliederbestandes, weshalb es Pflicht ist, daß die Mitglieder vollständig erscheinen. Die Lokalverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Haupt i. Schl. Besolm Bernhard Müller, Dresdner, Darystr. 3b; Kassier Hermann Müller, Tischler, Siegenstr. 269, 2. Etage. Derselbe zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus. Rev.-Kassier. Besolmachtigter Ferdinand Böttcher, Schützenstraße 8. Kassier Otto Gerlach, Kohlstraße 29, 2. Etage. Derselbe zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 7-8 Uhr. Zentralherberge befindet sich bei Genschow, Sonnenstraße 3. Die Ortsverwaltung. Redaktionsrat. Besolm Karl Koch, Schiller 49; Kassier Julius Rostan, Kellerstr. 104, 2. Treppen. Legierer zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr in seiner Wohnung aus. Eine Herberge haben wir hier nicht. Bezeichnend ist bei Luis Dreher, Dresden, 26. Selbst. Kassier Rob. Schmitz, „Republik Central“. Derselbe zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 8-9 Uhr aus.

Aufruf.

Unserem Genossen Ernst Conrad Jördens, dessen jüngerer Lebenslauf, wegen Verstoßes in der Familie, soeben ist möglich an die Adresse: Klumpenstraße 17 zu finden. Derselbe hat die Verwaltungsgeschäfte, welche den Aufenthalt des w. Jördens betreffen, werden ersucht, demselben dies mitzutheilen. [A 1] E. Jördens. Wilh. Jördens.

Anforderung.

Der Tischler Otto Wäcker, gen. Kalle, aus Eutin, wird dringend ersucht, wegen einer sehr wichtigen Angelegenheit gleich an seine Mutter, welche erkrankt ist, zu schreiben. Gedw. Schmidt, Briesau.

Warnung.

Der Tischler Paul Kowal, geboren am 14. August 1847 zu Braunschweig, hat sich am 17. März 1894 in ein Kloster eingekerkert, ohne seinen Verlobten zu benachrichtigen. Kollegen, welche mit dem Betroffenen zusammenkommen, sind hiermit vor demselben gewarnt. Hannover. Die Ortsverwaltung.

Der Tischler Otto Lenins, Buch-Nr. 10685, wird gebeten, seine Adresse umgehend an Wilh. Scharnweber, Anklam, Keilstr. 14, einzujenden. [40 A]

Ich bitte den Tischler Franz Birkholz, Buch-Nr. 50902, mir umgehend seine Adresse mitzutheilen. Sollte derselbe sich auf der Reise befinden, so bitte ich sämtliche Kollegen und Verwaltungen, ihn auf Vorstehendes aufmerksam zu machen. Kollege B. soll in einer Klagefache als Zeuge vernommen werden. A. Wisfel, Vertrauensmann, Wilh. Str. 44. [A 1.10]

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Cassel. Sonnabend, d. 2. März, Abends 8 Uhr: Große Carnevalspünze Abendunterhaltung mit nachfolgendem Tanz in Kraussen's Salon, Obere Karstr. Eintritt für Herrn 25 Pf., eine Dame frei, zweite Dame 10 Pf. Organisirte Arbeiter können durch Mitglieder eingeführt werden. Das Festcomité.

Avis.

Das Arbeitsnachweisbureau der Holzarbeiter-Gewerkschaft Schaffhausen (Schweiz) befindet sich im Schaffhaus „Zum Bären“, Dorfstadt (zugleich Herberge). Kontrolle: Mittags von 12-1 und Abends von 7 1/2-8 1/2 Uhr. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung an Verbandsmitglieder ausbezahlt. Wir ersuchen alle Kollegen, auch Nichtverbandsmitglieder, welche von Deutschland oder sonst wo her zugereist kommen, nur von unserem Arbeitsnachweisbureau Gebrauch zu machen. Dasselbe ist unentgeltlich, wohngegen es im städtischen Arbeitsnachweisbureau (Gewerbehalle) 40 Cts. kostet. Das Umschauen in den Verzeichnissen ist von der Polizei verboten. Der Vorstand.

Görlich.

Den geehrten Kollegen und Genossen zur Nachricht, daß ich Bestellungen auf sämtliche politische und gewerkschaftliche Schriften und Zeitungen zu jeder Zeit entgegennehme und für pünktliche Zustellung Sorge tragen werde. Auch empfehle ich Bleistifte „Solidarität“ und gute Zigarren. Ernst Järich, Kolporteur, Löbenerstr. 21.

Für Hausfrauen!

Annahme alter Wollschachen aller Art gegen Lieferung von Kleider, Unterrock und Mantelstoffen, Damenmägen, Hundstins, Strickwolle, Bettdecken, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Modellen, zu billigen Preisen durch H. Eichmann, Falkenstr. a. Harz. Sendungsfähige Firmen. Muster umgehend franko.

Rübel, Spiegel und Holzwaren

Kauft man am besten und billigsten beim Kollegen Wilhelm Rothe, Görlich, Untermarkt 21.

Hobelbänke

aus feinerer, moderner Gebirgs-Rothbuche mit Schußstrichen und geschmiedeten Fausthaken, Bau von 3" Holz, 1" untergeleimt. cm 160 170 190 200 230 M. 31 32 34 36 38 Ed. raubhede, Schraubzwingen. Hermann Gorli, Siegenstr. 15. Versand geg. Kasse u. Nachnahme. Preisliste franko.

Nur 2 Mark kostet ein hochleganter Musikspazierstock (gef. geschäft) prima Qualität. Jeder kann sofort ohne jede Vorkenntnis die schönsten Melodien hervorbringen. Gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch C. Sonnenfeld, Berlin S, 14.

STEMPEL jeder Art aus Kautschuck und Metall wie alle dazu gehörigen Apparate und Farben liefert in bester und billigster Ausführung die älteste und renommierteste Firma



Jeder trage nur das als das Beste anerkannte Felsen-Heim. Für Männer jedes Berufes bestgeeignetes Ericot-Heim. Fast unzerbrechbar, warm, waschecht, nicht einlaufend. Je nach Wunsch Draht- oder Kapselverschluss. Größe: mittel groß ganz groß M. 2,50 2,75 3,-. Preise: 2,- 2,20 2,40. Vorhersehung od. Nachnahme von 3 St. franco. Gustav Krödel, Alleinvertauf Zeig.

Ocarina, eleg. Musikinstrument (sanfter Akkord), beste Qualität. Jeder kann sofort ohne Notenkenntnis die schönsten Lieder zc. spielen. Preis mit Schule, Liedern, ff. Karton nur M. 2 geg. Nachm. od. Voreinsend. C. Sonnenfeld, Berlin S, 14.

Fachschule für Tischler — Zeichner, Werkführer, Meister — Dresden i. Westl. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau.

Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei

liefert: I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingesandten Maßen und beliebiger Angabe. II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln, neu bearbeitet. M. 12. III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei, in neuer Auflage, 30 Tafeln. M. 10. Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkuliert werden muß, wird jedem Werke beigelegt. Ernst Rettelbusch, f. B. pratt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmidstraße 19.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte. Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Manopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert untl. Garantie d. Oelanschlagen. Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flitzsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerai-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechalerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Kurt & Co. in Hamburg.